

NEUE ZEIT

JANUAR 1980

4



Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum _____ Unterschrift des Leiters _____
Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 18/19
Telefon 24305

30 Jahre Republik Indien



14159=4
BIBLIOTHEK-BEZ
123 678 190
7500-3308
BELS-13-14

Im Januar begeht die Moskauer Staatsuniversität ihr 225jähriges Bestehen. In ihrem ersten Jahr zählten ihre damals drei Fakultäten 30 Studenten. Heute ist sie die größte Lehranstalt der UdSSR mit 16 Fakultäten und über 28 000 Studenten, von denen mehr als 1000 Ausländer sind.

Aus dieser Universität sind Leuchten der russischen und sowjetischen Wissenschaft und Kultur hervorgegangen. Hier studierten viele künftige Dekabristen, die revolutionären Demokraten Wissarion Belinski, Alexander Herzen und Nikolai Ogarjow, die hervorragenden Literaten Denis Fonwisin, Alexander Gribojedow, Michail Lermontow, Anton Tschechow u. a. Hier unterrichteten Wissenschaftler wie Kliment Timirjasew, Nikolai Selinski, Wladimir Wernadski, Nikolai Shukowski, Lew Landau und Mstislaw Keldysch. Unter der Sowjetmacht hat die Moskauer Universität fast 70 000 hochqualifizierte Fachkräfte und Wissenschaftler herangeschult.

Jetzt üben an der Universität etwa 8000 Lehrkräfte eine wissenschaftliche und pädagogische Tätigkeit aus. Von ihnen sind 114 Ordentliche bzw. Korrespondierende Mitglieder der AdW der UdSSR und der Unionsrepubliken.

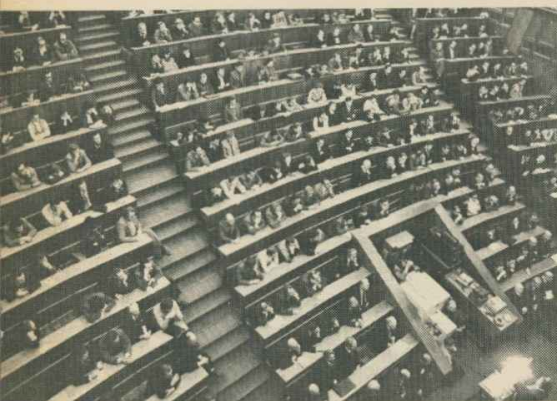
SOWJETUNION IM BILD



Das Universitätsgebäude auf den Leninbergen

In der Rechenzentrale des Forschungsinstituts für Mechanik

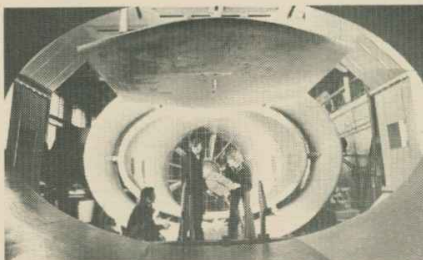
Am Eingang zum Kulturpalast auf den Leninbergen



Eine Vorlesung im Hörsaal „R. Chochlow“ der physikalischen Fakultät



Ein PKW-Modell wird aerodynamisch getestet



Im Studentenheim unter Kommilitonen



Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Anatoli Logunow, hält eine Vorlesung



Studentinnen der Fakultät für Mechanik und Mathematik im ersten Semester

Fotos: A. Motschalin und TASS-Korrespondenten V. Christoforow und A. Tschumitschew

WIEDER DER „GROSSE KNÜPPEL“?

Selbst die Redakteure des BRD-Magazins „Der Spiegel“ haben wohl nicht damit gerechnet, daß die jüngste Serie vom Opiumkrieg und Boxeraufstand um die Jahrhundertwende so aktuell ausfallen wird. Damals wurden zur „Bestrafung“ der Unbotmäßigen und zur Niederwerfung des antiimperialistischen Yihetuan-Aufstandes Truppen unter Generalfeldmarschall von Waldersee entsandt.

Alte Geschichten? Leider nicht nur. Der Geist des wilhelminischen Feldmarschalls und der anderen Anbeter des „großen Knüppels“ spukt noch herum, obwohl die Welt sich seitdem gründlich verändert hat. Die jüngste Entwicklung zeigt, wie tief die Traditionen, die in den weit zurückliegenden Zeiten der uneingeschränkten Herrschaft des Imperialismus entstanden waren, im Denken vieler Politiker verankert sind.

Dafür gibt es viele Beispiele. Erst vor einem Jahr fielen die Peking Hegemonisten, die völlig vergessen zu haben schienen, daß auch das chinesische Volk seinerzeit einer ausländischen Intervention ausgesetzt war, in Vietnam ein. Der Aggressor verkündete, dem widerspenstigen Vietnam „eine Lehre erteilen“ zu wollen. Deng Xiaoping nannte die Handlungen Peking ohne Umschweife eine „Strafoperation“.

Und wie reagiert Washington auf das Verhalten der „unbotmäßigen“ Iraner, die die Straflosigkeit des gestürzten Schahs nicht hinnehmen wollen? Mit der Drohung, militärische Gewalt anzuwenden, und mit dem Versuch, eine breitangelegte Wirtschaftblockade über Iran zu verhängen.

Im Januar 1980 schließlich, als die extremistischen USA-Kreise beschlossen, die internationale Entspannung unter dem Vorwand der Ereignisse in Afghanistan zu torpedieren, redete man in Washington erneut von einer „Bestrafung“, diesmal in bezug auf die „unbotmäßige“ Sowjetunion. Präsident Carter gab bekannt, daß die Ratifizierung von SALT II aufgeschoben und Wirtschaftssanktionen (Abbau

des Handels, Annullierung unterzeichneter Kontrakte usw.) vorgenommen werden.

Wir wollen uns nicht erst über die Sinnlosigkeit solcher Maßnahmen verbreiten; sie ist auch in den USA vielen klar. So sagte James Bowe, Vizepräsident der Control Data Corp., nicht ohne Ironie: „Es ist schon möglich, daß es unser Selbstbewußtsein in den USA stärken wird — ha-ha, wir haben's euch gezeigt! —, doch wird das den Sowjets kaum großen Schaden zufügen.“ Wichtiger ist etwas anderes, nämlich der politische Sinn der früheren und heutigen Provokationen.

Daß die USA zu Sanktionen und Blockade greifen, spricht Bände. Erstens bedeutet das, daß sich der heutige Imperialismus mit dem neuen Antlitz der Welt nicht anfreunden kann. Der Imperialismus duldet keine anderen sozialen Zustände außer seinen eigenen. Daran sollten alle denken, die bis jetzt noch glauben, im Westen herrschten eitel „Pluralismus“, „Meinungsfreiheit“ u. dgl. m.

Ein weiterer Schluß: Wenn heute der Frieden und das normale Funktionieren der internationalen Gemeinschaft in Gefahr sind, so ist es amerikanische Gefahr. Durch ihre Hinwendung zu den Sanktionen geben die USA-Führer die geschriebenen und ungeschriebenen Normen der internationalen Zusammenarbeit preis. Freilich stehen die Peking Führer Washington darin nicht nach, aber das steigert nur die entstehende Gefahr.

Im Grunde fordert Washington die internationale Gemeinschaft heraus — und dies nachdem das Prinzip der vollen Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Staaten dank den gemeinsamen Anstrengungen vieler Länder in Helsinki fixiert und in mehreren anderen Dokumenten bekräftigt wurde. Deshalb ist die heutige Linie der USA nichts anderes als ein Versuch, sich in die Angelegenheiten der UdSSR und Afghanistans einzumischen, mehr noch, einen für die ganze Welt gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen.

Mit vollem Recht sagte Leonid Breschnew in seinem jüngsten „Prawda“-Interview: „Die selbstherrliche Anmaßung Washingtons, sich das ‚Recht‘ vorzubehalten, unabhängige souveräne Staaten zu ‚belohnen‘ oder zu ‚bestrafen‘, wirft eine prinzipielle Frage auf. Mit derartigen Handlungen versetzt die USA-Regierung faktisch dem ganzen geregelten völkerrechtlichen System der zwischenstaatlichen Beziehungen einen Schlag.“

Niemand hat Washington berechtigt, andere Völker zu belehren und ihnen zu diktieren. Wo wären auch die Möglichkeiten dafür? Wer die sozialpolitischen Realitäten der 80er Jahre ignoriert, wird früher oder später bankrott gehen. Es wäre gut, wenn die USA-Führer diesen Gedanken möglichst früh erkennen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 4 JANUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Wieder der „große Knüppel“!	1
J. Gudkow — Ist auf Washington Verlaß!	5
V. Chrekow — UdSSR—Vietnam. Ein Freundschaftsbau	7
Kommunisten, Sozialismus und Wissenschaft	8
E. Arsenjew — Wem das nicht gefällt	9
B. Tschechonin — Indien. Ein Ausblick	10
Biographisches: Indira Gandhi, Babrak Karmal	11, 13
D. Wolski — Mittlerer Osten. Ursache der Spannungen	12
J. Dimow — Peking mischt mit	13
I. Trofimowa — Klarer Kurs	14
Jan Debrouwere, Augustin Duchâteau — Belgische Paradoxe (Interview)	15
Notizen ♦ Glossen	16
W. Jeshow — BRD. Womit in die 80er!	18
E. Kowaljow — Portugal. Die Uhr zurückgestellt	20
S. Irodow — Philippinen. Rings um den Wahlkampf	22
A. Stepanow — Das Treffen in Damaskus	23
A. Tschenow — Lied auf die Stärke	24
I. Sergejew — Angola. Schwerpunkt Wiederaufbau	25
M. Knjaskow — Ein Weg, der ins Nichts führt	25
M. Tschernoussow — Damals in Teheran (Aus jüngster Vergangenheit)	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Am 26. Januar wird der 30. Jahrestag der Proklamation Indiens zur Republik begangen. Indien hat in diesen Jahren bei der Überwindung des schweren kolonialen Erbes spürbare Erfolge erzielt. Doch noch viel muß für ein besseres Leben der Werktätigen getan werden. Die Menschen sind zukunftsgeköpft.

Titelbild: Indische Bauern

Foto: W. Tarassjewitsch (APN)

Gestaltung: O. Winogradow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 14. bis 18. Januar weilte Emil Wojtaszek, Außenminister der VR Polen, auf Einladung der Sowjetregierung zu einem Besuch in der UdSSR. Er hatte Begegnungen und Gespräche mit Andrej Gromyko. Fragen der bilateralen Beziehungen und der Zusammenarbeit sowie einige internationale Schlüsselprobleme wurden erörtert (siehe S. 14).

Vom 15. bis 19. Januar hielt sich eine Delegation der KP Belgiens — die Mitglieder des Politbüros des ZK der KP Belgiens, Jan Debrouwere und Augustin Duchâteau, — auf Einladung des ZK der KPdSU in Moskau auf. Die belgischen Genossen hatten eine Begegnung mit einer Delegation der KPdSU — dem Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarew, dem Kandidaten des ZK der KPdSU und ersten Stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Wadim Sagladin, und dem Stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Witali Schaposchnikow. Die Vertreter der KPdSU und der KP Belgiens informierten einander über die Tätigkeit ihrer Parteien und hatten einen Meinungsaustausch zu einigen internationalen Fragen.

Boris Ponomarew und Rostislaw Uljanowski, Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, empfingen die Mitglieder des Politbüros der Nationalen Front zur Verteidigung der Revolution Madagaskars, Gisèle Rabesahala und Laurant Radaodi, die eine Botschaft des Vorsitzenden der Front und Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar, Didier Ratsiraka, an Leonid Breschnew übergaben.

Am 18. Januar trafen Boris Ponomarew und Rostislaw Uljanowski mit einer Delegation der Südafrikanischen KP unter Leitung des Nationalen Vorsitzenden der Südafrikanischen KP, Jusuf Dadoo, zusammen. Die Vertreter beider Parteien hatten einen Meinungsaustausch über den Kampf der Völker Simbabwe und Namibias und bekundeten Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung dieser Völker.

Am 17. Januar begingen die Kommunisten Boliviens den 30. Gründungstag ihrer Partei. Das ZK der KPdSU richtete Glückwünsche an das ZK der Bolivianischen KP, wünschte der Partei Erfolge im Kampf für die demokratische und unabhängige Entwicklung des Landes, gegen die Wiedererrichtung einer

„NEUE ZEIT“ 4-80



Am 24. Februar finden die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken, der autonomen Republiken und zu den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten statt. Der Bezirkswahlausschuß des Bauman-Wahlkreises (Moskau) hat den Vorschlägen der Arbeitskollektive einiger Betriebe der Hauptstadt zufolge Leonid Bresniew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, als Kandidaten für den Obersten Sowjet der RSFSR registriert. Am 21. Januar wurde Leonid Bresniew das Wahldokument überreicht. Unser Bild: Das Dokument wird überreicht

Foto: W. Mussaeljan und A. Stushin (TASS)

reaktionären Diktatur, für die Einheit aller progressiven und patriotischen Kräfte, für die weitere Festigung des Einflusses bei den Volksmassen.

Der Vorsitzende der KP Dänemarks, Jørgen Jensen, beging seinen 60. Geburtstag. Das ZK der KPdSU richtete Glückwünsche an die namhafte Persönlichkeit der kommunistischen und Arbeiterbewegung Dänemarks.

Wegen der Krankheit Josip Broz Titos, des Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und Präsidenten der SFRJ, richtete Leonid Bresniew ein Telegramm an ihn mit Wünschen für baldigste und vollständige Genesung.

Vom 15. bis 17. Januar fand in Moskau die 93. Tagung des RGW-Exekutivkomitees statt. Konsultationen über aktuelle Fragen der Politik in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit in den Jahren 1981—1985 wurden abgehalten.

Der Weltfriedensrat wandte sich in einer in Helsinki verbreiteten Erklärung an alle Friedenskräfte mit dem Aufruf, den Kampf gegen den Kurs der USA aufzunehmen, die die Entspannungspolitik untergraben wollen. Frieden und Ent-

spannung, heißt es in dem Dokument, sind jetzt durch die massiven Kriegsvorbereitungen gefährdet, die die US-Regierung im Interesse des Militär-Industrie-Komplexes unternimmt.

In Städten und Dörfern Afghanistans finden Massenkundgebungen für die neue Führung statt. Ihre Teilnehmer bekunden in Resolutionen die Entschlossenheit des afghanischen Volkes, die Errungenschaften der Revolution gegen die Umtriebe der inneren und äußeren Feinde, gegen die Aggressionspläne des US-Imperialismus, der chinesischen Führung und reaktionärer Kreise Pakistans zu verteidigen.

In Kabul verbreitete die Agentur Baktar einen Appell des Präsidiums des Revolutionsrates der DR Afghanistan an die Mohammedaner Afghanistans und der ganzen Welt. Die Imperialisten, heißt es da, versuchen, die Revolution in Afghanistan und im Iran abzuwürgen, und wollen die freien islamischen Länder von der übrigen islamischen Welt, von den Entwicklungsländern isolieren. Doch die Umtriebe der Imperialisten, Hegemonisten und Reaktionäre werden unweigerlich scheitern.

Der Revolutionsrat Afghanistans beschloß, die US-Journalisten des Landes zu verweisen.

Seit dem Morgen des 16. Januar ist die Übermittlung von Informationen für Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenagenturen, Rundfunk und Fernsehen der USA aus dem Iran verboten. Bis zum 18. Januar mußten alle amerikanischen Journalisten auf Beschluß der iranischen Behörden das Land verlassen.

Die Partei der Arbeit Koreas und die Regierung der KVDR richteten Briefe an Vertreter der Behörden, der Parteien, der gesellschaftlichen und religiösen Organisationen Südkoreas mit dem Vorschlag, den im Sommer 1972 eingeleiteten Dialog wiederaufzunehmen, um den Weg zur friedlichen, selbstständigen Vereinigung des Landes, ohne Einmischung von außen, zu bahnen.

Am 19. und 20. Januar wurde in Genf auf Initiative des Exekutivkomitees der Internationalen Pagwash-Bewegung ein Sondertreffen von Wissenschaftlern und Experten aus 19 Ländern durchgeführt, um die gefährliche Lage zu erörtern, die durch den NATO-Beschluß, neue US-Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, geschaffen wurde. Die sowjetischen Wissenschaftler legten die Haltung der UdSSR dar und betonten, wie wichtig es sei, in den Bemühungen zur Beendigung des Wettrüstens und zur Normalisierung der internationalen Lage fortzufahren.

In Helsinki fand am 19. und 20. Januar ein internationales Konsultativtreffen zur Vorbereitung der Weltjugendkonferenz zu Abrüstungsfragen statt. Die Konferenz soll für den Januar 1981 einberufen werden.

Am 16. Januar kamen in Damaskus die Außenminister der Teilnehmerstaaten der Front der Standhaftigkeit sowie PLO-Vertreter zu einer Konferenz zusammen (siehe S. 23).

Am 15. Januar fand in Italien ein ein-tägiger Generalstreik statt, an dem mehr als 14 Millionen Werktätige teilnahmen. Die Streikenden verlangten einen Abbau der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung des Rentensystems sowie Investitionen für den wirtschaftlich rückständigen Süden des Landes.

Am 15. Januar tagten in Brüssel auf Forderung der USA der EG-Rat auf Außenministerebene sowie der NATO-Rat. Damit sollten die US-Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR demonstrativ unterstützt werden. Gegen wirtschaftliche und kulturelle Sanktionen sprachen sich entschieden die Vertreter Frankreichs,

der BRD, Italiens, der Türkei, Dänemarks und Griechenlands aus. Washington hat auch auf der Tagung des EG-Rates, den es zu einer „Einfrierung“ der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR nötigen wollte, seine Ziele nicht erreicht.

Die Patriotische Front, die sich in die Vorbereitung der Parlamentswahlen in Rhodesien eingeschaltet hat, veröffentlichte ihr Wahlmanifest: „Der Boden dem Volk, Frieden und Einheit, Arbeit, Bildung und Fortschritt. Die Macht dem Volk!“ Der britische Gouverneur Lord Soames gab die Verlängerung des Ausnahmezustandes im Land bekannt, was den Patrioten die Führung des Wahlkampfes erschwerte.



Die Bevölkerung eines Vororts von Salisbury [Rhodesien] begrüßt einen Führer der Patriotischen Front von Simbabwe, Joshua Nkomo, bei seiner Rückkehr in die Heimat.

Foto: AP—TASS

Vom 9. bis 18. Januar unternahm der britische Außenminister Lord Carrington eine Reise durch einige Länder des Nahen Ostens und Südsasiens. Er führte Gespräche in den Hauptstädten der Türkei, von Oman, Saudi-Arabien, Pakistan und Indien, um deren Zustimmung zur Ausweitung der „militärischen Präsenz“ der USA und Großbritanniens in dieser Region sowie bei der Aufrüstung Pakistans als Aufmarschgebiet für die Aggression gegen Afghanistan zu erreichen. Nach Meinung vieler Beobachter endete die Carrington-Mission erfolglos.

Vom 18. bis 23. Januar hielt sich der chinesische Außenminister Huang Hua zu einem Besuch in Pakistan auf. Er führte Gespräche, um die bei dem Besuch von US-Verteidigungsminister Harold Brown in Peking erzielte chinesisch-amerikanische Vereinbarung über die Ausweitung von Waffenlieferungen an die pakistanische Armee und an die Söldner, die Washington und Peking für Aggressionsakte gegen Afghanistan einsetzen, zu verwirklichen.

Libyen beschloß, die Wirtschaftsbeziehungen zu China abzubrechen, weil Peking eine Position der militärischen Hilfeleistung und der Unterstützung Ägyptens eingenommen und ihm kürzlich 90 Militärflugzeuge geliefert hat, erklärte der Führer der libyschen Revolution Muammar Ghaddafi. Libyen werde, wie er sagte, seine Beziehungen zu den USA einer Revision unterziehen, wenn die US-Administration ihre feindselige Politik gegenüber den arabischen Völkern und in der Palästinenfrage nicht ändern werde.

Vom 15. bis 20. Januar stattete der japanische Ministerpräsident Masayoshi Ohira Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea offizielle Besuche ab. Er führte Gespräche mit den führenden Politikern dieser Staaten über die Ausweitung und Festigung der Beziehungen zu Japan.

Am 17. Januar wurde in London offiziell der Beschluß der Tory-Regierung bekanntgegeben, die 1975 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zur faschistischen Militärjunta Pinochets in Chile zu „normalisieren“.

Vom 14. bis 18. Januar trat in Strasbourg (Frankreich) das Europäische Parlament, das beratende Organ der EG, zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Eine umstrittene Frage war die Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig sind an die 9 Millionen Menschen in den EG-Ländern beschäftigungslos. Obwohl alle Teilnehmer der Debatte ernste Besorgnis über die Lage am Arbeitsmarkt bekundeten, zeigten sie keinerlei konkrete Maßnahmen für eine Verbesserung auf.



Die unaufhaltsame Talfahrt des Dollarkurses wird von einem rapiden Anstieg der Goldpreise begleitet. Mitte Januar lag der Goldpreis an der New-Yorker Börse bei mehr als 800 Dollar je Feinunze.

Foto: AP—TASS

Ich bin zutiefst empört über die gehässigen Ausfälle der westlichen Propaganda und gewisser Politiker gegen die Hilfe der Sowjetunion an die DR Afghanistan. Die UdSSR hat sich stets an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gehalten. Die Hilfe für das afghanische Volk gründet sich auf Artikel der UNO-Charta und auf den Vertrag mit der DR Afghanistan. Ich möchte über Ihre Zeitschrift Solidarität mit den afghanischen Patrioten in ihrem Kampf gegen eine Aggression von außen bekunden.

Rafik MAMEDOW

Lenkoran, Aserbaidshanische SSR

Westeuropa muß endlich aus dem Teufelskreis der Rüstung ausbrechen! Die Milliarden für die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges sind anderwärts dringend notwendig. West- und Osteuropa (das europäische Rußland inbegriffen) müssen die einstige, viele Jahrhunderte währende enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit wieder aufnehmen. Die verschiedenen Ideologien dürfen kein unüberwindliches Hindernis sein.

Otto STÖGER

Salzburg, Österreich

In unserem Aimak hat die selbstlose sowjetische Hilfe Ausdruck im Bau des großen Staatsgutes Undurchan für Viehzucht gefunden. Vor allem hat es die Wirtschaftsbetriebe in der Ostmongolei mit hochproduktivem Rasserindvieh zu beliefern. Auch das zeigt anschaulich, welche Ergebnisse die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten bringt, zeigt, daß die Bruderparteien die komplexen Aufgaben der sozialistischen Integration energisch anpacken.

M. RAWDANDASCH

Aimak Chentejskij, MVR

Mir gefällt Ihre Wochenschrift, weil sie das Weltgeschehen eingehend und verständlich erklärt. Doch Sie bringen leider nicht genug wirklich gute Fotos und Illustrationen. Wünschenswert wären auch Farbfotos!

A. LJUCHIN

Temirtau, Kasachische SSR

IST AUF WASHINGTON VERLASS?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Im Januar ist die Administration diese Versprechen am ehesten nichts Carter genau drei Jahre am Ruder. Was haben diese Jahre, nüchtern betrachtet, gebracht? Nun, heute wird viel darüber gesprochen und geschrieben, daß Amerika eine „neue Etappe“ seiner Geschichte erlebe. Das dürfte stimmen: Die Veränderungen, die in dieser kurzen Zeit im politischen Kurs eingetreten sind, erscheinen wirklich einschneidend, und es besteht ein augenfälliger Kontrast zwischen den Verpflichtungen, die die neue Administration damals übernahm, und ihren realen Schritten.

Vor drei Jahren versprach Carter, „den alten Traum mit neuem Inhalt zu erfüllen“ und an einer gerechten, „auf Friedensliebe und wahren Humanismus beruhenden Welt“ mitzubauen. Abrüstung, Einhaltung hoher ethischer Normen und Schutz der Menschenrechte mußten, wie er sagte, die Grundlage eines „neuen Beginns“ werden. Heute hat sich die Außenpolitik Washingtons, wie Senator Edward Kennedy meint, „der Kontrolle entzogen“ und das Prestige der USA sei so tief wie noch nie gesunken. Statt der Abrüstung initiieren die USA eine neue Runde im Wettrüsten, und der Präsident setzt auf die militärische Macht, die er „einen Eckstein der nationalen Sicherheit“ nennt. Die Versprechungen, nach Übereinkünften zwecks Festigung von Verständigung und Weltfrieden werden nicht mehr erwähnt. Die hohen ethischen Normen sind unter einem Berg von Behauptungen begraben, man sei „berechtigt“, sich in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Zu diesem Zweck werden Interventionskräfte aufgestellt, und das zeugt davon, daß Washington es bei den Worten nicht bewenden lassen will. Kein Zufall, daß in den letzten Wochen immer mehr von einem Rückfall in den kalten Krieg gesprochen wird.

Es lohnt sich übrigens nicht, USA-Politiker beim Wort zu nehmen. Ihre Versprechungen sind rein pragmatisch und vor allem auf den Wähler gemünzt. Diese Methode wird so häufig angewandt, daß jedes Schulkind sie und den Wert der Versprechen kennt. Wenn einem ein geschickter Händler eine unnütze Ware angedreht hat, ist man schließlich selber schuld. Bei den Wahlen werden nicht Waren, sondern Kandidaten für wählbare Posten, auch für den Präsidentensessel, feilgeboten, das ist der einzige Unterschied. Jetzt ist eine neue Kampagne im Gange, und wieder wird etwas versprochen. Wer Erfahrungen hat, weiß, daß auf

folgt, aber jedes Spiel hat seine Regeln, und die werden von den Herren im Weißen Haus festgelegt.

Die „Unbeständigkeit“ ist also eine beständige Eigenschaft des USA-Politikers, und man brauchte sich nicht weiter darüber aufzuregen, wäre da nicht ein wesentlicher Umstand. In den letzten Jahren zeugen immer mehr Tatsachen davon, daß Methoden, wie sie für den „inneren Gebrauch“ bestimmt sind, auf die internationalen Beziehungen übertragen werden. Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen, Preisgabe schon bekanntgegebener Schritte und Maßnahmen, der eigenen Worte und schon unterzeichnete Dokumente gehören neuerdings zu den Praktiken der Washingtoner Regierungskreise. Verstoß gegen die Normen ist eine Norm geworden. Dieser Prozeß erstreckt sich auf höchst wichtige Aspekte der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Hierher gehört zweifellos SALT II, schon deshalb, weil dieser Vertrag an und für sich außerordentlich wichtig ist, aber auch, weil er die Hauptrichtung für künftige Schritte zur Begrenzung des nuklearen Wettrüstens angibt. Um so bezeichnender ist das Verhalten Washingtons, das in diesem unglaublich prinzipienlosen Spiel eine Kehrtwendung um 180° vollzogen hat.

Bekanntlich legte die Administration der Demokraten zuerst eine ungewöhnlich „großzügige Haltung“ an den Tag. Die Vorschläge, die Außenminister Vance im März 1977 nach Moskau mitbrachte, gingen weit über den Rahmen der zur Erörterung stehenden Fragen hinaus. Das erklärte sich, wie amerikanischerseits gesagt wurde, aus dem Wunsch, bei der Begrenzung der Rüstungen und bei der Abrüstung eine entscheidende Wende herbeizuführen. Aber der Inhalt der neuen Vorschläge zeugte von etwas anderem: Erstens sollten sie den USA einseitige Vorteile sichern, weshalb sie für die UdSSR unannehmbar waren; zweitens machten sie einen dicken Strich durch die Vereinbarung, die 1974 in Wladiwostok erzielt worden war.

Die „Initiative“ der neuen Administration führte nicht nur dazu, daß die Formulierung des endgültigen Wortlauts des Abkommens hinausgezögert wurde. Das Abschwenken von der vereinbarten Position hatte weitreichende Folgen. Gerade in jener Zeit aktivierten und vereinigten sich die antisowjetischen Rechtskräfte in Organisationen vom Schlage des „Amerikanischen Sicherheitsra-

tes“, der „Koalition für Frieden von der Position der Stärke aus“ oder des „Komitees für die gegenwärtige Gefahr“.

Im Ergebnis erdachte man in Washington alle möglichen Hindernisse für das Abkommen. Forderungen wurden laut, SALT II vom „geopolitischen Verhalten der UdSSR“ abhängig zu machen. Auf dem Kapitol wurde die Frage der Kontrolle über die Einhaltung des Vertrags unverhältnismäßig aufgebauscht, obwohl sie schon während der Verhandlungen gelöst worden war. Jedesmal, wenn die Regierung mit Erläuterungen kam, antworteten die „Falken“ mit tendenziös zusammengestellten Fakten, die übrigen Regierungsquellen entstammten („Informationsflucht“!). Im lärmreichen Streit wurde Mißtrauen gesät und die Stimme der offiziellen Sprecher stets vom einträchtigen Chor der „Falken“ übertönt.

Ist die Regierung unter solchen Umständen nun wirklich so hilflos? Es wäre unrealistisch, ihre Möglichkeiten zu unterschätzen. Man denke an den Vertrag über den Panamakanal. Im gleichen Jahr 1977 beschloß Carter, die 13 Jahre früher aufgenommenen Verhandlungen abzuschließen. Die USA behielten sich in der Panamakanalzone gewisse Privilegien vor, aber schon die Tatsache, daß ein „amerikanischer Besitz“ an Panama übergeben wurde, rief bei der erwähnten Gruppierung der Rechtskräfte Empörung hervor. Trotzdem wurde der Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. Der Sieg des Weißen Hauses überraschte damals viele Beobachter. Doch war er zu erklären. Wie einer von ihnen bemerkte, stellte sich das Weiße Haus in dieser Frage an die Spitze des Kampfes gegen die Offensive der Rechten, in der Frage von SALT II dagegen hinkte es ihnen hinterher und räumte eine Position nach der anderen.

Dieser Tage demonstrierte die Regierung übrigens wieder einmal ihre Unbeständigkeit. A. Royo, Präsident von Panama, richtete ein Schreiben an Carter; darin wird ein vom Kongreß verabschiedetes Gesetz verurteilt, das den Vertrag über den Panamakanal im Grunde zugunsten der USA revidiert. Für Panama sei der Vertrag gegenwärtig „in jeder Hinsicht zunehmend inakzeptabel“. Der panamaische Botschafter in den USA erklärte, sein Land könnte den Vertrag kündigen, da die Administration und der Kongreß der USA dabei seien, das unterzeichnete und ratifizierte Dokument zu „revidieren.“

Das Hauptziel der Rechten besteht darin, die amerikanischen nukleare Überlegenheit wiederherzustellen. Dieser Traum und die nostalgische Sehnsucht nach dem „großen Knüppel“ verhindern den Beginn des sowjetisch-amerikanischen Dialogs über die Begrenzung der strategischen Rüstungen bis Ende der 60er Jahre. Wie Prof. Hedley Bull, Experte für internationale Beziehungen an der Universität Oxford, schreibt,

„kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sich die Debatten über SALT II in Amerika nur formal um die Einzelheiten des Vertrages selbst drehen. In Wirklichkeit geht es um die Entspannung, darum, ob die USA weiterhin die Minderung der Spannungen und den Ausbau der Zusammenarbeit mit ihrem Rivalen anstreben sollen oder in eine neue Phase der Auseinandersetzung treten werden.“

Die Opposition stellte die Bedingung, daß nur dann ratifiziert werde, wenn die Regierung die Militärausgaben um 4–5% erhöht, und sprach sich somit für den zweiten Weg aus. Die Regierung akzeptierte diese Bedingungen, ja sie ging noch weiter. Im Juni v. J. wurde das Programm für die Entwicklung und Stationierung der interkontinentalen ballistischen MX-Raketen gebilligt. Mit Hilfe dieser Waffen hofft der Militärling die Möglichkeit zu erlangen, den ersten Schlag zu führen.

USA-Mittelstreckenraketen befanden sich schon Ende der 50er Jahre in der Türkei und Großbritannien. Jetzt hat das Pentagon bei seinen NATO-Verbündeten durchgesetzt, daß sie der Unterbringung der amerikanischen Flügel- und „Pershing“-2-Raketen auf dem Territorium der westeuropäischen Staaten zustimmen. Zum ersten Mal in den letzten 20 Jahren ist das Kräftegleichgewicht auf dem Kontinent gefährdet.

So hat der Präsident, der versprach, die Kernwaffen auf Null zu reduzieren, und seine Unterschrift unter das Abkommen setzte, das gerade diesem Ziel gilt, das Signal zu einer neuen Runde im Wettrüsten und zum erneuten Wachstum der Militärausgaben gegeben.

Bisher wurden all diese Schritte damit begründet, die Ratifizierung des Vertrages durchsetzen zu wollen. Nun ist auch dieses Versprechen gebrochen. Der Präsident guckte den „Falken“ die Idee des „Junktimes“ ab, er legt die Rolle der UdSSR in den afghanischen Ereignissen willkürlich aus und hat die Ratifizierung von SALT II auf unbestimmt lange Zeit

hinausgeschoben. Das Streben der USA-Reaktion nach nuklearer Überlegenheit gewann die Oberhand, ebenso die Wahlkalküle, denn die militaristische Position bringe, wie „Christian Science Monitor“ schreibt, „die Republikaner um ein für sie günstiges Diskussthemata“.

Man kann nicht sagen, daß ein solches bei einem verantwortungsbewußten Teilnehmer an einem Abkommen undenkbares Verhalten für die USA etwas ungewöhnliches sei. Bekannt ist z. B., daß die beiden Verträge über eine Begrenzung der unterirdischen Kerntests zu friedlichen Zwecken, die die UdSSR und die USA 1974 bzw. 1976 geschlossen haben, bis heute nicht ratifiziert sind. Allen ist der Zusatz von Senator Jackson und dem Mitglied des Repräsentantenhauses Vanik erinnerlich, der an Handels- und Kreditoperationen politische Forderungen knüpfte, die nichts anderes als direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR darstellten. Bisher war es immer der Senat, der die Handelsbeziehungen auf Eis legte, jetzt aber geht der Präsident selbst daran, das Junktim zwischen Politik und Kommerz herzustellen. Das vor kurzem verhängte Embargo für mehrere Waren, z. B. für Ge-

treide sind ein weiteres Beispiel dafür, wie schon erzielte Abkommen verletzt werden.

Erinnert sei an ein weiteres Dokument, die sowjetisch-amerikanische Erklärung über den Nahen Osten vom 1. Oktober 1977. Sie wurde „einzigartig“ genannt, denn die sah nicht nur die Einberufung der Genfer Konferenz vor, sondern auch die Einhaltung des Prinzips einer umfassenden Nahostregelung unter Berücksichtigung der Interessen aller Völker und Länder der Region, einschließlich des Volkes von Palästina. Die UdSSR und die USA stimmten diesem Prinzip zu, und das versprach, wie man meinen sollte, eine baldige Wende bei der Lösung eines der dringendsten Probleme der Menschheit. Doch waren die Erwartungen vergeblich. Die Antwort auf diesen Schritt war das Separatabkommen zwischen Tel Aviv und Kairo unter der Schirmherrschaft Washington.

Wann wird man sich in Washington seiner Verantwortung bewußt werden, wird man es überhaupt? Diese Frage muß man nach den drei vergangenen Jahren stellen. Wiederholt erklärte der Präsident, er beabsichtige, sich in der Frage der Meistbegünstigung im Handel mit der UdSSR und mit China an das Prinzip der Gleichheit zu halten. Aus diesem Grund fanden viele Politiker nach der Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Peking, nun habe sich der Zusatz von Jackson und Vanik überlebt. So erklärte man in Washington, die Frage der Meistbegünstigung für China werde für sich entschieden.

Washington nahm seinerzeit an den Verhandlungen mit der UdSSR über eine Begrenzung des Waffenhandels teil. Doch bald darauf erfuhr man, daß die größten Kanäle der amerikanischen Waffenlieferungen vor allem für den Schah von Iran — nicht zur Diskussion stünden. Nun hat die Regierung die Produktion von Waffen, u. a. von neuesten Jagdbombern eigens für den Export erlaubt.

Washington nahm mit der UdSSR Verhandlungen über die Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean auf. Heute weiß man, daß dort eine neue USA-Flotte aufgestellt werden soll.

Worauf hofft man in Washington, wenn man internationale Vereinbarungen und die Normen der gegenseitigen Beziehungen ein über andere Mal verletzt? Die andere Seite noch einmal auf ihre Festigkeit hin zu prüfen? Ihr eine Verhaltenslinie aufzuzwingen? Das eine wie das andere ist überflüssig. Wenn jemand, dann hat die UdSSR die Festigkeit bei der Verteidigung ihres Kurses und ihrer Ideale mehr als einmal bewiesen. Diese Festigkeit reicht aus, um jedem Druck standzuhalten und ihn zurückzuweisen.

New York, den 21. Januar



EIN FREUNDSCHAFTSBAU

Viktor CHREKOW

Die Chaussee Nr. 18 aus Hanoi nach der Provinz Quang Ninh berührt die kleine Kreisstadt Pha Lai, die nur aus ein paar Dutzend Häusern besteht. Neben einer Brücke der übliche Markt, auf dem man sich im Vorbeikommen bei Bauern mit ihren breitrempigen Hüten — den Nons — selbstgedrehte Zigaretten, mit Sesamkörnern bestreute Fladen und Bananen kaufen kann. So war es vor drei, vor zwei Jahren und sogar noch voriges Jahr. Nichts schien sich jemals an der patriarchalischen Lebensweise in diesem Winkel Vietnams ändern zu wollen, der in der Nähe des größten Industriegebiets, des Kohlenreviers Hon Gai, liegt. Jetzt aber liest man täglich in der vietnamesischen Presse von Pha Lai, denn dort wird das größte Wärmekraftwerk des Landes gebaut.

Wer vor einem Jahr oder vor zwei Jahren hier vorbeikam, erkennt die Gegend nicht wieder. Früher ragte an der Chaussee ein hoher, von Tropenpflanzen bestandener Hügel auf. Jetzt ist gerade hier das Baugelände und sind riesige Laster, Bagger und Planiermaschinen eingesetzt. Neben ihnen sieht unser wendiger Geländewagen wie ein Käfer aus. Wir sind gerade angekommen, da heult eine Sirene, und etwa 200 m weiter vorn fliegt Erdrich in die Luft.

„Wir heben die Gruben für das Fundament der Hauptanlagen aus“, erläutert Viktor Sacharow, der Leiter der sowjetischen Fachkräfte in Pha Lai, der uns in Empfang nimmt. Er zeigt uns den Bau, das Projekt und ein Modell des Kraftwerks.

Vor kurzem hat er hier, in Vietnam, seinen vierzigsten Geburtstag gefeiert. Vorher arbeitete er in der UdSSR beim Bau des Wasserkraftwerks Krasnojarsk sowie von Wärmekraftwerken in Belorussland und im Baltikum. Ins tropische Vietnam kam er aus dem arktischen Norilsk, wo er auf dem Bau eines Hüttenkombinats gearbeitet hatte.

„Die vietnamesischen Genossen haben die Arbeiten hier gut vorbereitet“, erzählt er. „Sie haben erfahrene Schöföre, Bagger- und Planiermaschinenfahrer zusammengeholt, von denen viele schon am Bau des Wasserkraftwerks Thac Ba und des Wärmekraftwerks Uong Bi teilgenommen hatten.“

Le Quang Huu, den Direktor des Kraftwerks Pha Lai, lerne ich in der Bauleitung kennen. Er sagt:

„Sie treffen mich zufällig hier an. Wir haben viel zu tun. Am 3. Februar feiert unsere Kommunistische Partei ihr 50jähriges Bestehen, und da wollen wir den Grundstein zu den Hauptanlagen des Kraftwerks legen.“

Er ist an die 60, sieht aber wie viele Vietnamesen bedeutend jünger aus. Als junger Mann war er bei einer französischen Gesellschaft in Hanoi Elektrotechniker. Dann schaltete er sich wie viele seines Alters in die revolutionäre Tätigkeit ein. Als sich das ganze Land zum Widerstandskrieg erhob, meldete er sich zu den Streitkräften.

Nach dem ersten Widerstandskrieg bekam er Auftrag, in dem ruinierten Land, in dem viele Betriebe stillstanden, zerstörte Kraftwerke wiederaufzubauen und neue zu bauen. Daneben absolvierte er im Fernstudium das Polytechnikum in Hanoi.

„Den ersten Strom soll Pha Lai schon im nächsten Planjahr fünf liefern, und die projektierte Kapazität beträgt 640 MW“, erzählt Le Quang Huu. „Sie verstehen, wie wichtig das Kraftwerk für unsere Wirtschaft ist — sämtliche Kraftwerke Nordvietnams haben eine Gesamtkapazität von etwa 400 MW. Die Stromerzeugung ist zwar in vier Jahren des zweiten Planjahr fünf um 50% angewachsen, die Energetik ist aber noch immer ein Engpaß unserer Wirtschaft. Deshalb sind alle Wirtschaftsbranchen an einer baldigen Inanspruchnahme des Kraftwerks Pha Lai interessiert. Auf seinen Strom wartet auch der größte Bau, die Wasserkraftanlage Hoa Binh am Schwarzen Fluß.“

Dieser strömt zwischen waldbestandenen Felswänden. Seinen Namen haben ihm seine unheilvollen Überschwemmungen eingetragen. In der Regenzeit führt er viel Schlamm und wälzt sich ins Tal, durch das der größte Strom Nordvietnams, der Rote Fluß, fließt. Dessen Delta ist ständig katastrophalen Überschwemmungen ausgesetzt. Dort befinden sich aber mehr als 1 Million Hektar äußerst fruchtbaren Bodens und die großen Industriestädte Hanoi, Haiphong, Viet Tri, Nam Dinh und Thai Binh. Auch leben da 11 Millionen Menschen. Es war ein alter Traum der Vietnamesen, den Schwarzen Fluß zu zähmen, ja es gibt Legenden vom Kampf mächtiger Recken mit dem Drachen, dem Hüter dieses Stroms. Erst jetzt geht der Traum in Erfüllung.

Unlängst wurde mit dem Bau der Hauptanlagen des größten südostasiatischen Wasserkraftwerks Hoa Binh (Frieden) begonnen, das den Schwarzen Fluß einspannen wird.

„Bei uns entsteht zum erstenmal so ein riesiges Wasserkraftwerk“, sagt mir Pham Ngoc Tuong, stellvertretender Bauminister der SRV und Direktor der Leitung dieses Baus. „Es wird uns eine jährliche Ersparnis von fast 5 Mio t Kohle und die Bewässerung von rund 100 000 ha Feldern ermöglichen. Auch wird es die Schifffahrt auf dem Schwarzen und dem Roten Fluß bedeutend erleichtern. Vor allem aber wird die dichtbesiedelte Niederung des Roten Flusses viel weniger von Überschwemmungen bedroht sein.“

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Jetzt sind auf dem Bau 15 000 Arbeiter beschäftigt, und wenn die Arbeit erst in vollem Gange ist, werden es 50 000 sein. Unter Anleitung sowjetischer Fachkräfte erlernen die jungen vietnamesischen Bauarbeiter viele Berufe und lernen die moderne sowjetische Technik handhaben. Hoa Binh entwickelt sich zu einer regelrechten Berufsschule.“

Es ist zu einem sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsbau erklärt worden. Die gemischte Belegschaft hat die Initiative zu einem sozialistischen Wettbewerb aus drei Anlässen ergriffen: zum 50jährigen Bestehen der KP Vietnams, zum 110. Geburtstag Lenins und zum 90. Geburtstag Ho Chi Minhs, der der erste Präsident des freien Vietnams war. Eingeschaltet haben sich alle 100 Objekte, die jetzt gemeinsam von sowjetischen und vietnamesischen Fachkräften projektiert, gebaut bzw. modernisiert werden, von Bürgern der beiden Länder, die vor 30 Jahren diplomatische Beziehungen aufnahmen.

Die sowjetisch-vietnamesischen Verbindungen gehen weit über den Rahmen diplomatischer Beziehungen im landläufigen Sinne hinaus. In den Jahren des Kampfes gegen die amerikanische Aggression und die chinesische Intervention hat das Sowjetvolk Vietnam beigestanden. Die UdSSR hilft der SRV tatkräftig beim friedlichen Aufbau. Sie hilft das Fundament des Sozialismus in Vietnam verstärken und bessere Lebensverhältnisse für das Volk schaffen.

„Die letzten Jahre haben gezeigt, wie fest die sowjetisch-vietnamesische Freundschaft ist“, sagte mir Staatssekretär Nguyen Co Thach, Assistent des Ministerpräsidenten der SRV für auswärtige Angelegenheiten. „Gemeinsam mit dem Sowjetvolk, ja mit allen Völkern der sozialistischen Bruderländer kommt Vietnam unentwegt vorwärts. Diesen Vormarsch können keinerlei feindliche Kräfte aufhalten.“

Pha Lai—Hoa Binh—Hanoi

KOMMUNISTEN, SOZIALISMUS UND WISSENSCHAFT

Der Besuch der FKP-Delegation unter Generalsekretär Georges Marchais und die Gespräche, die sie mit einer Delegation der KPdSU unter Leonid Breschnew führte, sind von großer prinzipieller Bedeutung für beide Parteien wie für alle Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts. Die Bestätigung der Tatsache, daß die KPdSU und die FKP ausgehend von den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus gleiche oder ähnliche Positionen in den Hauptfragen der Gegenwart einnehmen, ist zweifellos von sehr großer Bedeutung. Wichtig ist auch, daß beide Parteien bereit sind, in Fortführung ihrer Zusammenarbeit eine schöpferische Diskussion über jene Fragen zu führen, in denen sich ihre Ansichten heute nicht decken. Beide Parteien bekräftigten, daß ihre höchsten Ziele Frieden und Wohlstand der Werktätigen, der Kampf für Demokratie und Sozialismus sind.

Unter den Gesprächsthemen waren insbesondere auch die Bedeutung von Wissenschaft und modernster Technik für die heutige Gesellschaft sowie der enge Zusammenhang zwischen sozialen Bedingungen, unter denen sich die wissenschaftlich-technische Revolution vollzieht, und den Ergebnissen, die sie der Menschheit bringt. Um dieses Thema ging es nicht nur am Runden Tisch.

Die FKP-Delegation besuchte erstmals Wolgodonsk, Gebiet Rostow, wo sie das riesige Atommasch-Werk, einen der progressivsten Betriebe der UdSSR, besuchte. Anschließend traf die Delegation in der Sternestadt mit Kosmonauten zusammen, informierte sich über deren Alltag und über die Vorbereitung auf künftige Flüge. Die französischen Kommunisten haben die größten Errungenschaften des sowjetischen Energiemaschinenbaus ebenso wie die Spitzenleistungen des wissenschaftlich-technischen Denkens kennengelernt.

„Das menschliche Denken hat die Atomenergie gezähmt. Das ist die größte Errungenschaft“, sagte L. Popow, Sekretär des Parteikomitees des Atommasch-Werkes, gegenüber dem hohen Gast. Allein schon der Bau unseres Werkes legt ein weiteres Mal klar Zeugnis davon ab, daß der Sozialismus, die Sowjetmacht das Atom gerade als schöpferische Kraft nutzen und es im Interesse des Menschen einsetzen will...

Das von den Gastgebern angeschnittene Thema fand bei Georges Marchais ein starkes Echo. Er sagte auf einem Meeting des Atommasch-Kollektivs:

„Ihr seid unmittelbare Zeugen und direkte Ausführer einer Großtat, die erstmals in der Geschichte der Menschheit zeigt, wie es ihr gelingt, mit Wissenschaft und Technik, mit ihren Erkenntnissen und ihren Fähigkeiten bewußt und gekonnt durch ihr Handeln in die Natur einzudringen, gestützt auf deren allgemeine Gesetze.“

Heute sind die materiellen und sozialen Voraussetzungen für die Energieproduktion wirklich besonders beachtend — je nachdem, wie man

in verschiedenen Ländern an sie herangeht, um die großen Probleme der Welt von heute zu lösen...

Es ist bemerkenswert, daß in einem Land wie dem euren, wo riesige Naturressourcen seines ausgedehnten Territoriums genutzt und Tausende Kilometer von hier entfernt unter den unterschiedlichsten geographischen und klimatischen, bisweilen unter den rauhsten Bedingungen Bodenschätze wie Kohle, Gas und Erdöl erschlossen, in einem Land, wo die gigantischen Energiereserven seiner breiten Flüsse genutzt werden, sich zu gleicher Zeit die Atomindustrie entwickelt. Das zeugt von eurem Willen, alle potentiellen Möglichkeiten der Gegenwart und der Zukunft zu nutzen, ohne dabei im Interesse zeit-



Das brüderliche Treffen im Atommasch-Werk. Der Fräserbrigadier A. Sentjabr überreicht Georges Marchais das Modell des Atomreaktors.

Foto: W. Welikshanin (TASS)

licher und örtlicher Nahziele auf eine gleichmäßige und langfristige Entwicklung aller Regionen, aller möglichen Tätigkeitsformen zu verzichten... Das bestätigt den Wert der Antwort, die der Sozialismus auf die Fragen der historischen Entwicklung gibt.“

Ferner betonte Georges Marchais, daß die Nutzung der wissenschaftlichen Errungenschaften, darunter der Atomenergie, daß die Frage, ob diese den Interessen des Friedens oder des Krieges, den Interessen des Fortschritts oder den Interessen der Ausbeutung dienen wird, eines der aktuellsten Probleme in Frankreich ebenso wie in den anderen kapitalistischen Ländern ist. Über diese Frage wird leidenschaftlich diskutiert. Die FKP verteidigt zusammen mit den anderen Fortschrittsskräften den Standpunkt, daß das Atom nur dem Frieden und der wissenschaftlich-technische Fortschritt den Interessen der Werktätigen dienen muß.

... Dann folgten die Sternestadt und eine herzliche Begegnung mit den Eroberern des Alls. Den Gästen wurden die Trainingsanlagen und moderne Raumtechnik gezeigt, mit der sich in naher Zukunft auch französische Kosmonauten auf ihre Flüge vorbereiten werden.

Auch hier ging es um die gleiche Frage: Wem wird die Wissenschaft, wem die Technik dienen — dem Krieg oder dem Frieden, dem Fortschritt oder der Ausbeutung? Die sowjetischen Kosmonauten Georgi Beregowoi, Alexej Leonow, Pjotr Klimuk und andere haben durch Taten bewiesen: Die sowjetischen Menschen wollen, daß der Weltraum nur dem Frieden dient.

In seiner Antwort sagte Georges Marchais:

„In Frankreich kämpfen wir auf dem Gebiet der Wissenschaft in einer harten Klassenschlacht gegen die französische Bourgeoisie. Angesichts der Krise der heutigen kapitalistischen Gesellschaft hat sich die Bourgeoisie dazu verfliegen, die Wissenschaft zu verachten, die von Natur pervers sei. Dadurch zielt sie im Grunde auf unsere Kommunistische Partei, die sich auf eine wissenschaftliche Theorie stützt. Die Bourgeoisie behauptet, jegliche Wissenschaft sei totalitär, folglich sei auch die Kommunistische Partei totalitär.“

Die Forschung in Frankreich ist eng mit den Interessen der multinationalen Konzerne verbunden. Ebendeshalb werden bei uns weitaus nicht alle Möglichkeiten der Wissenschaft genutzt.

In Frankreich begegnet man auch der kosmischen Wissenschaft mit einer gewissen Verachtung und Unterschätzung. Unterdes habt gerade ihr sowjetischen Kosmonauten ihren enormen Nutzen für die Menschheit bewiesen“, sagte Georges Marchais.

„Und wir, ich wiederhole, nehmen an dieser Schlacht teil... Wir sagen: „Wir sind die Partei der Arbeiterklasse, der Werktätigen; wir sind die Partei, die dafür wirkt, daß alle Möglichkeiten der Wissenschaft vollständig genutzt werden, und diese Möglichkeiten sind dergestalt, daß sie der Menschheit neue Wege in allen Lebensbereichen eröffnen. Alles hängt davon ab, wie die Wissenschaft genutzt wird. Für sich allein genommen bringt die Wissenschaft kein Glück. Es ist das sozialistische System, das sie in den Dienst des Menschen und des Friedens gestellt hat.“

Beim Verlassen der Sternestadt trug sich Georges Marchais ins Goldene Buch ein. Er schrieb:

„Für die sowjetischen Kosmonauten, für jene, die zusammen mit Juri Gagarin den Menschen den Weg ins All gebahnt haben. Sie sind es, die gezeigt haben, daß die Entwicklung der Wissenschaft den Interessen der ganzen Menschheit dienen kann. Das ist eine Realität unserer Epoche.“

Die Tatsache, daß das erste sozialistische Land diese große historische Perspektive eröffnet hat, zeugt davon, daß der Sozialismus den Weg in die Zukunft bahnt.

Wir brauchen den Weg zum Sozialismus und zur Wissenschaft. Es ist unser Weg. Und jeder Fortschritt der Menschheit ist auch Frieden.“

WEM DAS NICHT GEFÄLLT

Die Ergebnisse des Treffens und der Gespräche, die die Delegation der KPdSU unter Leonid Breschnew mit der Delegation der FKP unter Georges Marchais führte, fanden in Frankreich und in der ganzen Welt ein großes Echo. Die Bedeutung des Treffens ging weit über die Beziehungen zwischen beiden Parteien hinaus, da es ermöglichte, ihre gemeinsamen Positionen zu Menschheitsfragen darzulegen: zum Kampf für Frieden, Entspannung, Abrüstung und gegen die Umtriebe des Imperialismus.

Die Bewertungen im gemeinsamen Kommuniqué sind von historischem Optimismus durchdrungen. Die Versuche des Imperialismus, zur Gegenoffensive überzugehen und die Entspannung zu untergraben, vermögen nichts daran zu ändern, daß die für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus günstige Veränderung des Kräfteverhältnisses die heutige internationale Lage bestimmt.

Die Ergebnisse des Moskauer Treffens werden von den französischen Kommunisten gebilligt. Das Politbüro der FKP äußerte Genugtuung über seine Ergebnisse. Georges Marchais bezeichnete sie als außerordentlich positiv. Das ZK der FKP erhält dieser Tage viele Briefe, in denen die französischen Werktätigen die Ergebnisse der Verhandlungen begrüßen.

Die sowjetischen Kommunisten ihrerseits betrachten das Treffen als großen Beitrag zur Festigung der Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, aller friedliebenden ant imperialistischen Kräfte.

Doch nicht alle sind mit den Ergebnissen der Verhandlungen zufrieden: z. B. Lecanuet, Führer der rechtszentristischen Gruppierung, Mitterrand, Führer der Sozialistischen Partei, der Revisionist Elleinstein und seinesgleichen; Rundfunk und Fernsehen Frankreichs sowie die meisten Blätter im Dienst des Millionärs Hersant starteten eine Diffamierungskampagne gegen die KPdSU und die FKP.

Was irritiert eigentlich diese Herrschaften? Das klare Eintreten der sowjetischen und der französischen Kommunisten für Entspannung und friedliche Koexistenz? Doch wie viele verantwortliche Politiker des Landes wiederholt erklärt haben, ist Frankreich nicht weniger als andere europäische Länder an der Détente interessiert.

Vielleicht gehen gewissen Leuten die aktiven Bemühungen der KPdSU und der FKP für die französisch-sowjetische Zusammenarbeit und

Freundschaft gegen den Strich? Doch vielen gemeinsamen auf höchster Ebene unterzeichneten Dokumenten zufolge ist die beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit UdSSR-Frankreich eine Konstante ihrer Außenpolitik. Die KPdSU und die FKP haben sich u. a. für die Entwicklung eines dynamischeren, ausgeglicheneren politischen und wirtschaftlichen Zusammenwirkens auf lange Sicht ausgesprochen. Der von der FKP unterbreitete Vorschlag für den Abschluß eines französisch-sowjetischen Sicherheitsvertrages zielt in die gleiche Richtung.

Jene, die jetzt eine unwürdige Kampagne führen, ziehen es vor, diese wichtigsten Abschnitte des gemeinsamen Kommuniqués mit Schweigen zu übergehen. Sie „ignorieren“ auch den nachdrücklichen Appell der KPdSU und der FKP an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, zu verhindern, daß die gefährlichen NATO-Pläne in Westeuropa verwirklicht werden. Ist doch allen, die realistisch denken, klar, daß die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen den USA ermöglichen würde, Europa zu einem nuklearen Schlachtfeld zu machen, und der BRD den Zugang zu Kernwaffen eröffnet. Der Kampf gegen die Verwirklichung der NATO-Beschlüsse ist also Sache aller, die die Erhaltung von Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent wollen.

Leonid Breschnew betonte in den Antworten auf die Fragen des „Pravda“-Korrespondenten: „Wir sind entschieden dafür, alles Positive, was lange Jahre hindurch auf dem europäischen Kontinent durch die kollektiven Anstrengungen der Staaten, der großen und kleinen, geschaffen worden ist, zu festigen und zu vermehren.“

Eine besonders gehässige Reaktion rechter Kreise und der Reformisten löst die Tatsache aus, daß die Gespräche die Übereinstimmung der Ansichten der KPdSU und der FKP zu den Hauptproblemen der Gegenwart bekräftigt und zur Festigung der internationalistischen Solidarität zwischen ihnen beigetragen haben. Die Gegner einer Festigung der freundschaftlichen Bande zwischen der FKP und den sozialistischen Ländern sind enttäuscht. Die KPdSU und die FKP bekräftigten, daß die Parteien die Zusammenarbeit im Interesse der Arbeiterklasse sowie der Völker der Sowjetunion und Frankreichs weiter entwickeln wollen. Alle Versuche der Reaktion und der Opportunisten, auf Differenzen zwischen der FKP und der KPdSU zu spekulieren, erlitten Schiffbruch. Derartige

Differenzen und Unterschiede können natürlich auftreten, da die Lage beider Parteien nicht die gleiche ist. Doch beide Parteien meinen, dies dürfe kein Hindernis für ihre Zusammenarbeit beim Kampf für die Hauptziele sein. Die Praxis und die historischen Erfahrungen sind das beste Kriterium, wenn man Differenzen und Streitfragen ruhig erörtert.

Die Reaktionäre sind auch deshalb aufgebracht, weil die FKP eine klare internationalistische Haltung zu Afghanistan eingenommen und nicht dem Druck der Gegner der afghanischen Revolution nachgegeben hat. Wie Georges Marchais betonte, war die imperialistische Einnischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans so bedrohlich, daß es notwendig wurde, Hilfe zu erweisen. Und die UdSSR hat auf die Bitte der revolutionären Regierung Afghanistans hin entsprechend dem sowjetisch-afghanischen Vertrag Hilfe erwiesen.

Die FKP-Delegation unter Georges Marchais brauchte nur nach Moskau zu fahren, da zeternten ihre politischen Gegner erneut von einer „Ausrichtung der FKP nach Moskau“. Doch es sei daran erinnert, daß allein 1979 Politiker und Staatsmänner Frankreichs wie Präsident Valéry Giscard d'Estaing, Lionel Jospin, Führungsmitglied der Sozialistischen Partei, Maurice Couve de Murville, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung, der Senatsvorsitzende Alain Poher u. a. Moskau besuchten. Ob sich alle diese Persönlichkeiten „auf Moskau ausrichten“? Natürlich nicht. Doch sie alle verstehen, daß die Wege des Friedens, der Entspannung und der Sicherheit in Europa über Moskau führen.

Die Beziehungen zwischen der KPdSU und der FKP basieren seit langem auf den Prinzipien der Solidarität und der Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung. Anschläge auf die Unabhängigkeit der FKP unternimmt nicht die Sowjetunion, sondern die Bourgeoisie, die die internationalistischen Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien zu stören, die FKP zu isolieren und zu schwächen sucht. Doch all das ist vergeblich. Man muß Roland Leroy, Mitglied des Politbüros der FKP, Recht geben, der schrieb, daß „das Versprechen und die Entstellung von Tatsachen nichts daran ändern werden: Das Moskauer Treffen ist für die Werktätigen, für Frankreich, für den Frieden eine gute Sache.“

Trotz aller Umtriebe des Klassengegners und der Opportunisten war und bleibt der Internationalismus eine starke, erprobte Waffe der Kommunisten aller Länder.

E. ARSENJEV

Ein Ausblick

Boris TSCHETCHONIN

Ich erinnere mich, wie Delhi, Kalkutta und Bombay 1950 aussahen. Auf ihnen lastete das Erbe der britischen Kolonisatoren. Die Wirtschaft des Landes trug das Gepräge des Kleingewerbes. In den Städten sah man erschütterndes Elend. Es bettelten Arbeits- und Obdachlose und Krüppel.

Seitdem hat sich Indien, das am 26. Januar den 30. Jahrestag der Republik begeht, so verändert, daß es nicht wiederzuerkennen ist. Unter der Führung des Indischen Nationalkongresses, an dessen Spitze der große Jawaharlal Nehru stand, der von der hervorragenden Politikerin Indira Gandhi abgelöst wurde, und unter Beteiligung aller demokratischen Kräfte hat das Land in einer geschichtlich kurzen Zeit beachtliche Resultate erzielt. Die Städte sind schöner, der Lebensstandard der Bevölkerung merklich höher geworden. Nachdem Indien das Fundament für eine moderne nationale Industrie gelegt hatte, ist es mit dem Gesamtvolumen seiner Produktion unter die zehn ersten Länder der Welt aufgerückt.

In diesen festlichen Tagen hebt die indische Presse hervor, daß die junge Republik ihre Errungenschaften weitgehend der ersprießlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR verdankt. Diese hat bei der Schaffung zahlreicher großer Objekte der Industrie, der Landwirtschaft und der Volksbildung geholfen. Die mit sowjetischer Hilfe gebauten Betriebe bilden den Kern des staatlichen Wirtschaftssektors.

Den 30. Tag der Republik begeht Indien in einer besonderen Stimmung. Nach fast dreijähriger Unterbrechung hat soeben eine Regierung der Kongreßpartei unter Indira Gandhi, der Indira-Kongreß (INK-I) wieder ihr Amt angetreten. Bei den vorfristigen Wahlen zum Unterhaus von Anfang Januar hat diese Partei einen großen Sieg über ihre politischen Rivalen — die frühere Regierungspartei Janata und die Koalition aus Lok Dal und Kongreßpartei (A), die sie ablöste — davongetragen.

Von den 525 Parlamentssitzen, um die der Wahlkampf ging (in 17 Kreisen steht die Abstimmung noch bevor) hat der INK(I) 349 bekommen (im vorigen Unterhaus hatte er, als es aufgelöst wurde, 83). Die Janata hat 31 (gegen 205) und die genannte Koalition 42 (77) bzw. 13 (64) Mandate erhalten. Die Presse Indiens betont, daß die Willensäußerung der Wähler ganz kategorisch war: Die beiden Haupttrivalen der INK(I) haben das Recht eingebüßt, sich Landesparteien zu nennen, weil in vielen Bundesstaaten kein einziger ihrer Kandidaten durchgekommen ist.

Angesichts der vernichtenden Niederlage dieser beiden bürgerlichen Gruppierungen ist der ansehnliche Erfolg der Linken, besonders der KP und der KP(Marxisten), sehr markant. Sie haben 11 (7) bzw. 35 (22) Mandate erobert. Die Zeitschrift „Link“ schrieb am 13. Januar: „Die beiden kommunistischen Parteien werden jetzt in der Opposition einen wichtigen politischen Faktor darstellen.“ Ihren Erfolg führt das Blatt darauf zurück, daß die Kommunisten in den Staaten Kerala, Westbengalen und Tripura, die eine Regierung der Linksfront hatten, dem Volk vor Augen geführt haben, daß sie wirklich den Lebensstandard zu heben beabsichtigen.

Womit erklärt sich dieser entscheidende Sieg des INK(I)? Inder beantworten das verschieden. Die einen sagen, es liege an der großen persönlichen Autorität Indira Gandhis, die elf Jahre lang (bis März 1977) der Bundesregierung vorstand. Andere bemühen sich, weiterzusehen. Wie mir der bekannte indische Prosaiker und Publizist Kushtwan Singh sagte, ist das Volk am Schluß der Amtsdauer der Janata zu der festen Überzeugung gekommen, daß es so nicht weitergehen kann. Die nationalen Probleme waren akut wie noch nie geworden. Im Grunde genommen war den Rechten aus der Regierungspartei, namentlich den Mitgliedern der religiös-chauvinistischen Organisation Rashtriya Swayamsewak Sangh, freie Hand gegeben, und sie

hetzten die Hindus gegen die Moslems und die Angehörigen anderer Glaubensbekenntnisse auf. Religiöse Unruhen hatten Massencharakter angenommen und forderten Tausende von Verwundeten und Hunderte Tote. Das Schlimmste aber war, daß sie die nationale Einheit des Landes schwächten und in einzelnen Staaten separatistische Tendenzen ins Kraut schießen ließen.

Zugleich ging es mit der Wirtschaft bergab: Ihr Zuwachs ging von 7,4% im Rechnungsjahr 1977/78 auf 3% im Jahr 1979/80 zurück. Im Jahre 1979 allein wurden Nahrungsmittel wie Gemüse, Zucker und Butter um 25–30% teurer. Die Inflation erreichte 35%. Die Arbeitslosigkeit wuchs an.

Die neue Regierung Indira Gandhis wurde am 14. Januar vereidigt. Frau Gandhi erklärte Journalisten, das Kabinett werde sich vor allem darum bemühen, die beiden Hauptaufgaben zu erfüllen, nämlich die nationale Einheit des Landes zu konsolidieren und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Wie die Maßnahmen der Regierungspartei zur Eindämmung der Inflation und Teuerung aussehen werden und wie sie gedenkt, im Hinblick auf brennende Probleme wie das der Energiewirtschaft und der Kohlenindustrie sowie des ungeordneten Bahnverkehrs vorzugehen, das wird sich erst in der kommenden Etatdebatte im Parlament zeigen. Frau Gandhi hat jedoch dem indischen Volk versichert, daß ihre Partei konsequent auf die in ihrem Wahlprogramm gesteckten Ziele hinarbeiten wird.

Was die Ziele des INK(I) in der Wirtschaft betrifft, so legten die Verfasser des Wahlmanifests den Nachdruck darauf, daß ihre Partei für die Ideen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft ist, für die sich Jawaharlal Nehru einsetzte und die in der Landesverfassung während der vorigen Amtsdauer Indira Gandhis niedergelegt wurden. Der INK(I) hat erklärt, er sei fest entschlossen, zur Planwirtschaft zurückzukehren, von der das Land unter der Regierung der Janata abkam. Die neue Regierung will untersuchen, welche Rolle die Multis in den verschiedenen Industriezweigen spielen, um Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Tätigkeit und zur Behebung ihres verhängnisvollen Einflusses auf die nationale Wirtschaft festzulegen.

Im Wahlmanifest hieß es, der INK(I) lege besonderes Gewicht auf

BELGISCHE PARADOXE

Der NATO-Rat billigte auf seiner Dezembertagung die Pläne für die Produktion neuer USA-Raketenkernwaffen und für deren Unterbringung in mehreren westeuropäischen Ländern. Wie steht man in Belgien dazu? Auf Ersuchen des NZ-Korrespondenten Lew Makarewitsch äußerten sich über dieses Thema die Mitglieder des Politbüros des ZK der KP Belgiens Jan DEBROUWERE und Augustin DUCHÂTEAU.

NZ: Wir wollen unser Gespräch mit zwei Zitaten beginnen. Der Vorsitzende der belgischen Ständigen Regierungskommission für Verteidigungsfragen General Robert Close sagte: „Dreißig Jahre saßen wir einfach unter dem amerikanischen Atomschirm und glaubten nicht an die Möglichkeit eines Krieges, weil wir meinten, die Truppen des Warschauer Paktes hätten Angst vor der nuklearen Überlegenheit der USA.“

Die zweite Äußerung stammt vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Landesverteidigung Belgiens José Desmaretz: „Der Gedanke an die Stationierung neuer Raketenkernwaffen in Westeuropa rührt daher, daß sich die Rüstungen in Europa nicht die Waage halten.“

Einerseits also habe es schon immer eine nukleare Überlegenheit der USA gegeben, andererseits aber sei sie nicht da. Ein Paradox?

J. Debrouwere: Spricht man über die Beurteilung der realen Lage, so gibt es da noch mehr Paradoxe. Auf der NATO-Ratstagung stimmte die belgische Regierung den Plänen des Blocks zu. Doch kann sie nichts zu ihrer Verwirklichung unternehmen, weil die breitesten Schichten der Öffentlichkeit, der politischen Kräfte und Parteien in starker Opposition dazu stehen.

Die Leitung der führenden Partei der Regierungskoalition — der Christlichen Volkspartei — und die der einflußreichen Christlich-Sozialen Partei setzt sich für die Raketen ein. Innerhalb dieser Parteien gibt es jedoch nicht wenige Politiker, darunter Abgeordnete, die entschieden dagegen sind.

Ähnlich steht es in den anderen Parteien der Regierungskoalition: in der Sozialistischen, der Belgischen Sozialistischen Partei und der Demokratischen Front der Francophonen, deren Vertreter vor kurzem aus der Koalition ausgeschlossen wurden. Die Führung und die Grundorganisationen der beiden erstgenannten Parteien sind gegen die neuen Waffen, mehrere sozialistische Führer aber, die Ministerposten bekleiden, dafür.

NZ: Welchen Standpunkt vertreten die Oppositionsparteien?

J. Debrouwere: Gegen die NATO-Pläne treten die Kommunisten, die Walloni-

sche Sammlung und die Volksunie auf, für sie sprechen sich der Vlaams Blok sowie die Belgische Partei für Freiheit und Fortschritt aus.

A. Duchâteau: Nicht von ungefähr zögerte die Regierung die Parlamentsdebatte über die Euroraketen bis zum letzten Moment hinaus. Sie fürchtete die Entstehung eines einheitlichen Oppositionsblocks gegen die NATO-Pläne.

NZ: Wie ist zu erklären, daß sich die belgische Regierung doch bereit fand, das Territorium des Landes für die neuen Raketenkernwaffen zur Verfügung zu stellen, obwohl die Entscheidung um sechs Monate vertagt worden ist?

J. Debrouwere: Dieses Paradox ist ohne weiteres zu erklären. Erstens haben die USA, Großbritannien und die BRD massiven Druck ausgeübt. Im vorigen September war Kissinger in Brüssel. Kurz vor der NATO-Ratstagung besuchte uns der stellvertretende Sicherheitsberater des USA-Präsidenten D. Aaron zweimal, um ein bißchen „nachzustoßen“.

Zweitens zwang man uns über den Internationalen Währungsfonds — heimlich, aber das ist ja ein öffentliches Geheimnis. Der belgische Franc steckt in Schwierigkeiten; um ihn zu stützen, muß sich die Regierung immer wieder an den IWF wenden. Letzten Endes haben die Rechtskräfte der NATO-Erpressung nach.

NZ: Nach der Reaktion im Lande zu urteilen, ruft diese Nachgiebigkeit starke Unzufriedenheit hervor. Die sowjetische Presse berichtete über Protestdemonstrationen und -kundgebungen in Belgien gegen die NATO-Pläne, über die Unterschriftensammlung für den Appell „Nein zu den Kernraketen in Belgien!“, über Aktionen der Friedensbewegungen, der Gruppe „Abrüsten, um zu überleben“ und anderer Massenorganisationen.

A. Duchâteau: Eine solche Reaktion ist nur natürlich. Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die meisten Belgier gegen die neuen Waffen sind, verstehen sie doch: Wenn die Raketen erst stationiert sind, wird Belgien in einem Kernkrieg eine nukleare Zielscheibe abgeben. Unser Volk weiß sehr wohl, was Krieg ist. Seit über 30 Jahren ist

Frieden in Europa, und niemand will ihn gefährdet sehen. Die Friedensinitiativen der UdSSR finden in Belgien großen Anklang. Wohl zum erstenmal seit Kriegsende sind Fragen der Teilnahme Belgiens an der NATO, Fragen von Krieg, Frieden und Wetrüsten Gegenstand einer so lebhaften Diskussion.

J. Debrouwere: An den Manifestationen beteiligten sich große Menschenmassen. Deshalb konnte die Regierung der Öffentlichkeit nicht direkt sagen, daß sie die NATO-Pläne vorbehaltlos akzeptiere, und schob die endgültige Entscheidung auf. Vom politischen Standpunkt ist das sehr wichtig: Erstmals hat sich das Kabinett nicht bedingungslos einem NATO-Beschluß gefügt.

NZ: Die Zunahme der Militärausgaben Belgiens — 5% im Jahresdurchschnitt — ist in den letzten Jahren die höchste der NATO. Im Jahre 1979 wurden 77,9 Md. belgische Franc für militärische Zwecke bereitgestellt, das sind 7,4% mehr als im Vorjahr. Nach der Höhe der Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung hat Belgien die Länder wie Großbritannien, Kanada oder Italien überholt.

Dabei bleiben viele soziale und wirtschaftliche Probleme ungelöst.

A. Duchâteau: Es wäre in der Tat besser, diese Milliarden, die für die Waffenkäufe draufgehen, den sozialen Bedürfnissen zuzuführen. Das ist die Meinung nicht nur der Kommunisten. Einer Umfrage zufolge betrachten 74% der Befragten in Wallonien und 80% in Brüssel die Kürzung der staatlichen Militärausgaben als gebieterische Notwendigkeit.

NZ: In Belgien behaupten einige Leute, die Rüstungsaufträge wären gut für die Beschäftigung.

J. Debrouwere: Unsinn! Selbst wenn man alle Rüstungsbetriebe stilllegt, wird die Arbeitslosigkeit nur wenig zunehmen. Aber das braucht nicht einmal zu geschehen, denn in Belgien können viele Rüstungsbetriebe ohne weiteres auf friedliche Produktion umgestellt werden. Dieser Einwand ist von A bis Z erfunden.

A. Duchâteau: Gegenwärtig sehen wir unsere Hauptaufgabe in der Errichtung einer breiten Front gegen die Absicht der NATO, in Belgien neue amerikanische Raketenkernwaffen zu stationieren, einer Front, die Parteien sowie Massen- und Gewerkschaftsorganisationen vereinigt.

Ein Aufschub ist erkämpft worden. Er muß dazu dienen, die Öffentlichkeit maximal gegen die Euroraketen zu mobilisieren und nach neuen Initiativen zu suchen, die dazu beitragen, Frieden und Sicherheit in Europa zu festigen und den Kampf für Entspannung, für die Einstellung des Wetrüstens zu erweitern.

UNGLAUBLICH!

„Der Inhaber dieses Passes ist Deutscher“ — so hieß es in einem Dokument, das beim zweiten Sekretär der US-Botschaft in Teheran, George O'Keefe, gefunden wurde. Ein Amerikaner deutscher Abstammung? Nein, keineswegs.

Außer der Personenbeschreibung (grüne Augen, ovale Gesichtsförm, Größe 175 cm, keine besonderen Kennzeichen) war alles in diesem Dokument gefälscht — der Geburtsort Freiburg wie der Wohnort Hannover und natürlich der Name — Josef Markus Schneider. Und trotzdem war der Paß echt — ordnungsgemäß ausgestellt von bundesdeutschen Behörden und sogar nach Ablauf verlängert.

Dieser Tage verlangte die iranische Regierung vom Bundesaußenministerium eine Erklärung, wie der BRD-Paß in die Hände eines Amerikaners gelangt ist. Die Illustrierte „Stern“ wußte darauf bereits eine Antwort: O’Keefe wurde mit Hilfe des Verfassungsschutzes zu Schneider. Jetzt lassen die Bosse der BRD-Geheimdienste, um den Vorfall herunterspielen, verlauten, es habe sich um gewöhnliche „Amtshilfe“ der Nachrichtendienste gehandelt. Das ist offenbar tatsächlich schon Alltag, denn den falschen Paß erhielt der CIA-Agent nicht einmal in Bonn, sondern über den Verfassungsschutz in der Provinz, in Hannover.

so pikanten Angelegenheiten Vorsicht walten. Seinerzeit erfuhr man von der Teilnahme bundesdeutscher „Freiwilliger“ an der US-Aggression in Vietnam erst, als in den Zeitungen Todesanzeigen auftauchten. Jetzt meint man hier angesichts der Verschärfung der internationalen Lage offenbar, es sei an der Zeit für die Bundeswehr, die „falsche Bescheidenheit“ abzutun und gleichfalls an die Aufstellung eines Expeditionskorps zur Verteidigung der Interessen der „freien Welt“ zu gehen — im Nahen Osten oder in einer anderen Region. Einstweilen sind das noch Versuchsballons. Aber schon jetzt hilft Bonn seinem Partner jenseits des Atlantik, so gut es kann — z. B. mit gefälschten Pässen.

K. KARAGESIAN

Eigenbericht

Bonn

EIN „FROMMER WUNSCH“

der IIT (des US-Konzerns International Telephone and Telegraph) gegangen", gestand Sato in der Zeitschrift "Sunday Mainichi" ein. "Ich meinte, unsere Auslandsfilialen müßten Informationen sammeln... Das hat auch die KDD, die japanische Variante der IIT, getan."

Sato wusste, wovon er sprach. War ja die Forschungsabteilung der von ihm geleiteten Kanzlei des KDD-Präsidenten das Zentrum dieser Aktivitäten. Den japanischen Kollegen der Bosse der ITT, die im Grunde eine CIA-Filiale

geworden ist, ließen die „Erfolge“ des US-Konzerns keine Ruhe. Kein Wunder — kann ja die ITT auf eine so „erfolgreiche“ Aktion zurückblicken wie ihre direkte Mitwirkung beim Sturz der rechtmäßigen Regierung Allende 1973 in Chile...

Die KDD begann in aller Eile, das Versäumnis aufzuholen. Die Mitarbeiter der 16 KDD-Auslandsfilialen wurden angewiesen, Geheimtelegramme und die Landespresse zu studieren. Sie sollten mit diversen Methoden vertrauliche Informationen besorgen, also Spionage betreiben. Diese Informationen wurden unverzüglich an das KDD-Hauptquartier in Tokio weitergeleitet, wo sie in der Forschungsabteilung unter ihrem Präsidenten gesammelt wurden.

Die KDD hat nicht nur den japanischen Geheimdiensten Angaben überlassen. Über Kollegen in den Konzernern ITT, American Telephone and Telegraph Co. und Radio Co. of America gelangten die Informationen weiter an die CIA und an die Nationale Sicherheitsagentur.

Zwar hat die KDD selbst bislang nirgends einen Umsturz durchführen können. Doch Satos Äußerung zufolge ist das ihr „frommer Wunsch“.

L. MLETSCHIN

GOLDFIEBER



Börsenmakler:

„Was für ein Tag! Man will mich überreden, sogar meine Goldplomben zu verkaufen.“

Zeichnung aus „Financial Times“
(England)

AUF WESSEN
SEITE?

Kürzlich erklärte Wu Xueqian, Leiter einer chinesischen Parteidelegation, die einige afrikanische Länder bereiste, in Cotonou (Benin): China unterstützt den Kampf der Völker Afrikas für Souveränität und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft.

Schöne Worte! Was sich dahinter verbirgt, berichten der „Sunday Express“ und die „Sunday Times“ (RSA).

SIE
FLETSCH
DIE ZÄH

Dieses Emblem
nisation der tür-
schen Partei
gung ist in W
100 000 türkisc
ben, oft zu seh
hiesigen Polize
sechs rechtsex
Organisationer

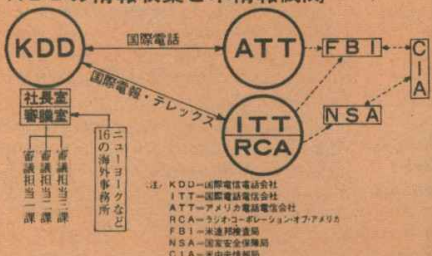
Politische M
Versammlung
ken, Tötliche
schaftsaktivist
stiftung, die
scher Literatur
Waffenbesitz -
die türkischen
lin.

Anfang Jan
sche Lehrer
dergestochen.
lichten Tage
Straße, als an
Gruppe den
Landsleute übe
de Kesims wu

Bei den „gr
sowohl „Kultu
„Sportorganisa
glieder im Wa
Karatemethode
ner Koranschul
In Westberlin
ranchulen, die
Türken besuch
Islam werden

Die R
zweitgrößte
in Afrika
nesische
Rand im
del wird
ße Glock
nesischer
zuerst na
von dort
weniger
auch aus
China. A
dienen e
sowie H
auf Taiw
So wi
wissen
Afrika u

KDDの情報収集と米情報機関



注: KDU—国際電信電話会社
ITT—国際電信電話会社
ATT—アメリカ電話電信会社
RCA—ラジオ・コーポレーション・オブ・アメリカ
FBI—米連邦捜査局
NSA—国家安全保障局
CIA—米中央情報局



Jugendorga-
profaschisti-
onalen Bewe-
wo jetzt ca.
tarbeiter“ le-
Angaben der
en mindestens
ke türkische
vesen.

Überfälle auf
essiver Tür-
gen Gewerk-
ungen, Brand-
ung faschisti-
ungesetzlicher
befassen sich
in Westber-

de der türki-
n Kesim nie-
chah am hel-
ner belebten
aschisten eine
h gesinnter
Einige Freun-
bei verletzt.

„Süßen“ gibt es
n“ als auch
(die ihre Mit-
rauch und in
weisen), fer-
d Moscheen.
en ca. 20 Ko-
mehr als 5000
n. Neben dem
ort tagtäglich

jetzt der
kt Chinas
at sie chi-
für 4,8 Mio
Der Han-
n die gro-
t: Die chi-
gelangen
gkong und
RSA. Nicht
gelangen
rika nach
hlagspunkt
Hongkong
Japan und

lich, auf
Peking in
steht.
TAWRIN

nationalistische Ideen eingehämmert.
Die Faschisten erheben auch Forde-
rungen wie die Bildung eines türki-
schen Staates bis zum Altaigebir-
ge...

Die demokratische Öffentlichkeit
Westberlins verlangt, die Tätigkeit
der faschistischen türkischen Orga-
nisationen zu unterbinden. Doch die
„grauen Wölfe“ fühlen sich bislang
„frei“. Die „Argumentation“ der
kompetenten Stellen ist befremdlich:
Für ein Verbot gäbe es nicht genug



Die „grauen Wölfe“ — in Dortmund
... und ihre Opfer — in Istanbul

Fotos aus der Illustrierten „Stern“
(BRD)



Beweise der verbrecherischen Akti-
vitäten, da Verbrechen nur „einzel-
ner Personen“, nicht aber der
rechtsextremistischen Organisatio-
nen als solcher ermittelt worden
seien. Eine derartige Nachsicht ist
mit dem vierseitigen Westberlinab-
kommen kaum zu vereinen.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Westberlin

GAUNER IM STREIT

Die israelisch-ägyptischen
Beziehungen haben sich so-
gar auf die Verbrecherwelt
ausgeweitet. Nach Informatio-
nen der israelischen Polizei
hat der Schmuggel mit ver-
schiedensten Waren — von
Handtüchern bis zu neuesten
Automodellen — riesige Di-
mensionen angenommen.

Ein gewisser Flatto—Sha-
ron, seines Zeichens Knesset-
Abgeordneter, erklärte dieser
Tage, daß in der Sinaiwüste
unweit von El Arish 140 in
Israel gestohlene Mercedes-
Wagen im Sand vergraben
sind. Wenn dieser Teil der
Sinaihalbinsel gemäß dem
israelisch-ägyptischen Ab-
kommen an Ägypten gelan-
gen wird, können die Wagen
wieder ausgegraben werden.
Dann kann man sie zu ge-
pfefferten Preisen an ägypti-
sche Neureiche verkaufen, die
sich bei der Politik der „wirt-
schaftlichen Liberalisierung“
eine goldene Nase verdient
haben. Überdies sind einige

Mercedes-Wagen bereits nach
Kairo gelangt, wo sie als Ta-
xen im Einsatz sind. Der Ge-
winn aus derartigen „Schiebe-
reien“ wird gewöhnlich zwi-
schen israelischen und ägypti-
schen Schmugglern „brüder-
lich“, ganz im neuen „Geiste
der Zusammenarbeit“, geteilt.

Warum nun hat Flatto—
Sharon auf einmal Diebe und
Betrüger entlarvt? Er hat ja
selbst Dreck am Stecken: We-
gen einer großen Finanzaffä-
re wurde er seinerzeit von
der französischen Polizei
steckbrieflich gesucht. Doch
Flatto—Sharon ist diesmal
selbst der Leidtragende. Sein
86 000 Dollar teurer Mercedes
wurde gestohlen. Flatto—
Sharon läßt den Kopf nicht
hängen: Die israelische Poli-
zei hat bereits 32 Wagen aus
dem Sinaisand ausgegraben.

Das alte ägyptische Sprich-
wort: „Wenn Gauner sich
streiten, kommt die Wahrheit
zutage“, ist doch richtig.

A. SEMJONOW

DIE „RETTUNG“

In der Republik Südafrika
verfuhr man mit widerspen-
stigen Afrikanern seit alters-
her so: Man trieb sie in kärg-
liche Reservate zusammen,
steckte sie in Gruben und
Bergwerke, warf sie ins Gef-
ängnis. Premierminister Pie-
ter Botha machte sich dadurch
einen Namen, daß er das
Apartheidsystem „moderni-
sierte“.

Dieses Foto zeigt den RSA-
Soldaten Mbezi beim Morgen-
appell. Er dient in einem
„schwarzen“ Sonderbataillon
in Transvaal. Tag für Tag
wird ihm eingeblutet, gegen
wen er kämpfen müsse.

„Wer ist der gefährlichste
Feind der Republik Südafri-
ka?“ „Der Marxismus, Sir!“,
„Ja, und wer noch?“ bohrt
der Sergeant nach. „Der
Kommunismus!“ „Gut, Mbezi“,
lobt ihn der Sergeant. „Und
woher kommt der Kommunis-
mus? Denk nur gut nach!“
„Aus Rußland!“, bellt jener
nach kurzem Überlegen.

Das Oberkommando nennt
sie „unsere tapferen schwar-
zen Soldaten“ und schickt sie
an die vorderste Front — nach
Namibia, Rhodesien, Moçam-
bique und Sambia.



Diese afrikanischen Solda-
ten verteidigen eine Gesell-
schaft, die sie verachtet. Das
ist der „neue Kurs“ Bothas —
die „Eingeborenen“ zu zwin-
gen, freiwillig das Rassisten-
joch zu akzeptieren.

„Anpassen, um zu überle-
ben“ — unter dieser Devise
sind die RSA-Rassisten in die
80er Jahre getreten. Doch we-
der die Vorgaukelung von
Freiheiten noch das Aufhetzen
von Afrikanern gegeneinander
werden den Rassismus retten
können.

B. ASSOJAN

Womit in die 80er?

Prof. Dr. hist. habil. Wsewolod JESHOW

Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihr viertes Jahrzehnt getreten. Sie hat eine wechsel-, ja widerspruchsvolle Zeit hinter sich. Es wechselten die Regierungen, und es wechselten der Platz und die Rolle des Landes in der Welt.

In der UdSSR verfolgte man stets engagiert das politische Leben in der BRD und die Impulse, die von Bonn ausgingen. Das ist nicht weiter verwunderlich. Dieses Land hat ja den größeren Teil der Bevölkerung, des Areal und des Wirtschaftspotentials des früheren Deutschlands geerbt, dessen herrschende Kreise die Welt in diesem Jahrhundert in zwei Kriege stürzten, die über die Völker, besonders das Sowjetvolk, viel Leid brachten.

Oder nehmen wir die 50er Jahre. Damals war die BRD einer der schlimmsten Brandherde des kalten Kriegs in Europa. Die Regierung Adenauer, die den gesamtdeutschen Gedanken bewußt preisgab, gliederte das Land in die NATO ein und ging unter der Ägide dieses aggressiven Blocks daran, eine eigene Armee aufzustellen. Adenauer machte kein Hehl daraus, daß er wie John Foster Dulles für die Politik der Stärke, für die Roll-Back-Strategie und das Aufheizen der Spannung war.

Mit der Bürde des kalten Krieges kam die BRD in die 60er Jahre. Sie begann, in der NATO und in der ganzen westlichen Welt eine wesentliche Rolle zu spielen. Doch hat sie die revanchistischen Aufgaben, die ihr ihre Spitzenpolitiker gestellt hatten, nicht erfüllt und konnte es auch gar nicht. Der sozialistische deutsche Staat erstarkte. Die Versuche schlügen fehl, die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu revidieren und die DDR zu Fall zu bringen oder zumindest ihr Vorwärtkommen aufzuhalten. Sie erhöhten nur die Spannung in Mitteleuropa und brachten die Völker Europas gegen die BRD auf.

Die Bevölkerung der BRD wollte aber einen anderen außenpolitischen Kurs, und so kam 1969 eine SPD-FDP-Regierung unter den Führern dieser Parteien, Willy Brandt und Walter Scheel, zur Macht. Sie nahm in vieler Hinsicht einen realistischen Standpunkt ein, sah die nationalen Interessen des Landes mit anderen Augen an und verwarf die unfruchtbaren und gefährlichen Auffassungen von Dulles und Adenauer.

In den 70er Jahren machte sich

Bonn vom Revanchismus frei, und nun bot sich ihm die Möglichkeit zur Entspannung und zur Zusammenarbeit mit allen Völkern Europas. Es schloß Verträge mit der UdSSR, mit Polen, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern. Die Bundesregierung erkannte die politischen und territorialen Nachkriegsrealitäten in Europa offiziell an, ihre Außenpolitik legte die Einseitigkeit allmählich ab, die Verbindungen mit den sozialistischen Länder wurden enger. Bundeskanzler Schmidt unterzeichnete in Helsinki die KSZE-Dokumente. Bei der friedliebenden Öffentlichkeit keimte die Hoffnung, daß die BRD endgültig auf die Teilnahme am kalten Krieg verzichtet hatte und ein Faktor der friedlichen Entwicklung und Entspannung geworden war.

Das Sowjetvolk empfand über die neue Einstellung der BRD große Genugtuung. Es erkannte natürlich, daß dort in ziemlich weiten Kreisen noch starke revanchistische, antisowjetische Stimmungen herrschten. Aber es sah, daß die Bonner Außenpolitik jetzt von anderen Faktoren bestimmt wird.

Zwischen der UdSSR und der BRD führten sich politische Konsultationen ein. Die beiden waren durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung, bemühten sich aber, einander besser zu verstehen und für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Bundeskanzler Brandt, sein Nachfolger Schmidt, die Außenminister und andere Staatsmänner und Politiker verhandelten in Moskau und Bonn mit Vertretern der UdSSR und äußerten sich befriedigt über die Entwicklung der Beziehungen.

Ereignisse von historischer Bedeutung waren die Besuche Leonid Breschnews von 1973 und 1978 in Bonn. Sie waren ein mächtiger Impuls zum weiteren Vorwärtkommen in jeder Richtung und trugen viel zur Entspannung, zur Verbesserung der politischen Atmosphäre in Europa bei. Sie zeigten, daß die UdSSR der BRD und ihrem Volk unvoreingenommen gegenübersteht, daß sie den von Bonn eingeschlagenen friedlichen Weg begrüßt und die BRD als bedeutenden außenpolitischen Partner ansieht.

In den 70er Jahren wurde der Spannkreis der bundesdeutschen Außenpolitik weiter und wuchs ihr Ansehen ganz erheblich. Sie zeigten, daß die BRD politisch nicht dann erstarkte, als sie die starke Bundes-

wehr aufstellte und in der NATO einige Befehlsstellungen einnahm, sondern als sie zur rationalen Politik aktiver Teilnahme an den Entspannungsprozessen übergang.

Diese Politik eben ist das größte welt- und innerpolitische Kapital der SPD, deren Führer in Bonn schon 10 Jahre an der Spitze der Regierung stehen. Mit ihrem Kurs auf die Entspannung und auf gute Beziehungen zur UdSSR, zur DDR und zu den anderen sozialistischen Ländern gewann und gewinnt die SPD auch jetzt Sympathien bei der Bevölkerung. Nicht von ungefähr fiel die größte Wahlfreudigkeit und der höchste Prozentsatz der für die SPD abgegebenen Stimmen auf die vorfristigen Bundestagswahlen von 1972, als der Schwerpunkt im Wahlkampf die Frage war, ob die neue „Ostpolitik“ der BRD durchkommt.

Nach Helsinki waren die Europäer optimistisch. Eine solide politische Grundlage für eine profundere Entspannung war geschaffen worden. Viele hofften, man werde diese jetzt auch auf das militärische Gebiet ausdehnen.

So etwas paßte der Reaktion in Übersee aber ganz und gar nicht. Wie es sich kurz nach Helsinki herausstellte, wollte sie auf keinen Fall, daß Europa eine Hochburg des Friedens und der Sicherheit wird. Die USA traten einen Feldzug gegen die Entspannung in Europa an und benutzten dazu den Mechanismus der NATO und ihre Alliierten, auch die BRD.

Deutliche Anzeichen der Quertreiberei der USA zeigten sich 1977/78 auf der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz. Ihre Delegation setzte mit Hilfe ihrer NATO-Partner eine unfruchtbare Diskussion über die Menschenrechte durch.

Der schwerste Schlag gegen die Entspannung in Europa wurde später geführt. Im Dezember 1979 faßte die NATO-Ratstagung in Brüssel nach einer politischen Bearbeitung der NATO-Mitglieder und nach einer massierten Propaganda zur Irreführung der europäischen Öffentlichkeit den Beschluß, daß in den USA 572 neue Atomraketeneinheiten — Cruise-Missile- und Pershing-2-Raketen — gebaut und in Westeuropa stationiert werden sollen. Die Kosten des Programms für ihren Bau werden von der westlichen Presse auf 4–5 Md. Dollar geschätzt. Es wird den amerikanischen Rüstungskonzernen also erkleckliche Gewinne abwerfen.

Am energischsten wurde Washington beim Durchbringen dieses Beschlusses von der Bundesregierung unterstützt. Gemeinsam mit den USA drückte Bonn direkt auf die Vertreter Hollands, Belgiens,

Norwegens und Dänemarks, d. h. auf die NATO-Mitglieder, die die neue Runde im Wettüben nicht mitmachen und sich für den Fall eines Waffenkonflikts nicht zu Atomziel-scheiben machen lassen wollten.

Heutzutage hat in Fragen von Krieg und Frieden die Weltöffentlichkeit ein gewichtiges Wort zu sprechen. Unlängst trugen ihre machtvollen Aktionen viel zum Kampf gegen die Versuche der USA bei, Europa mit Neutronenbomben zu spicken. Im Pentagon und bei der NATO schrieb man sich das hinter die Ohren und hat dieses Malschon beizeiten begonnen, die Öffentlichkeit zu bearbeiten. Bezeichnenderweise ist in der BRD sowohl die Regierung als auch die Opposition für die amerikanischen Pläne eingetreten. Es ist sogar schwer zu sagen, wer die Lüge von einer „sowjetischen Bedrohung“ lauter ausposaunte, Franz Josef Strauß an der Spitze der Rechten, oder Hans-Dietrich Genscher, der offizielle Lenker der Außenpolitik Bonn.

Das Gerede von der „sowjetischen Bedrohung“ bildet den Kern der NATO-Propaganda für die in Übersee geplante neue Runde im Wettüben. Die bundesdeutschen Medien ergingen sich in Schilderungen, wie stark, treffsicher und unverletzbar die im Westen SS-20 genannten sowjetischen Raketen seien. Nur eine Nachrüstung der NATO mit Cruise-Missile- und Pershing-2-Raketen, mit denen man die UdSSR treffen könne, sei angetan, die „sowjetische Überlegenheit“ aufzuheben.

Das war eine bewußte Irreführung. Verschwiegen wurde z. B., daß die sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht zufällig, sondern als Gegengewicht für die amerikanischen Forward-Based-Kräfte in Erscheinung traten, die die Regierung Carter aus den SALT-I und SALT-II-Gesprächen ausschaltete. Das sind ja in England stationierte 156 F-111-Bomber, etwa 384 Flugzeuge auf Flugzeugträgern im Mittelmeer und in der Nordsee, taktische Flugzeuge und Pershing-1-Raketen in der BRD, die das Innere der mit der UdSSR verbündeten Warschauer Vertragsstaaten treffen können, und die dem NATO-Oberkommando in Europa beigegebenen, mit strategischen Poseidon-Raketen bestückten amerikanischen Atom-U-Boote. Geheimgehalten wurde ferner, daß sich die UdSSR immer wieder bereit erklärt hat, über eine Begrenzung beliebiger Waffen zu verhandeln.

Vielmehr behauptete die westliche Propaganda, das Kräftegleichgewicht sei zugunsten der UdSSR und ihrer Verbündeten gestört, wobei sie oft ausgedachte Zahlen und Fakten anführte. Man hatte total vergessen,

daß Carter bei den Wiener Verhandlungen mit Breshnew das Bestehen eines gewissen strategischen Gleichgewichts, einer Parität, zugab. Sowohl Carter als auch Vance erklärten öffentlich, daß, namentlich in Europa, eine West-Ost-Parität besteht. In diesem Sinne äußerte sich auch NATO-Generalsekretär Luns.

Es hat sich also nicht um eine Nachrüstung, sondern darum gehandelt, eine militärische Überlegenheit über die UdSSR und ihre Verbündeten zu erlangen. Das sagte unverblümt US-Verteidigungsminister Brown: Die USA hätten sich das Ziel gesetzt, der NATO bis Mitte der 80er Jahre bei den nuklearen und nicht-nuklearen Waffen eine Überlegenheit über die Warschauer Vertragsstaaten zu verschaffen.



Eine der Demonstrationen, die Ende v. J. in der BRD eine Antwort auf Breshnews Friedensinitiative forderten. Foto aus „Unsere Zeit“ (BRD)

Die Spitzenpolitiker der BRD und führende politische Kommentatoren beteuerten ferner, sie seien für die Entspannung, man müsse die 80er Jahre zu einer Zeit „kontrollierter Abrüstung“ machen. Was von diesen Erklärungen zu halten ist, das hat sich nach der Berliner Rede Leonid Breshnews vom 6. Oktober v. J. deutlich gezeigt.

Diese Rede und dann das Interview Leonid Breshnews vom 6. November für die „Prawda“ enthielten ein Programm für die Festigung des Friedens in Europa durch Fortsetzung und Vertiefung der politischen Entspannung und ihre Ergänzung durch eine militärische Entspannung. Die UdSSR schlug sofortige Verhandlungen über einen Abbau der in Europa stationierten nuklearen Mittelstreckenwaffen vor. Es wurde erklärt, daß die UdSSR niemals Kernwaffen gegen Staaten zum Einsatz bringen wird, die auf den

Bau und Ankauf solcher Waffen verzichten und auf ihrem Boden keine haben. Leonid Breshnew gab den Beschluß bekannt, die Truppenstärke in Mitteleuropa einseitig um 20 000 Mann und 1000 Panzer abzubauen. Ein Programm zur Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen wurde vorgebracht, dessen Erfüllung dazu beitragen würde, die Entspannungsprozesse zu vertiefen und die Kriegsgefahr zu vermindern.

In Bonn begrüßte man die sowjetischen Initiativen und gab ein günstiges Urteil über die einseitigen Schritte der UdSSR und ihre Verhandlungsbereitschaft ab. Die BRD und die anderen westlichen Länder schienen schon bereit zu sein, das sowjetische Angebot anzunehmen und in Verhandlungen zu treten.

Das war aber nicht der Fall. Die USA und mit ihnen auch die BRD sagten nicht ausdrücklich, sie seien gegen Verhandlungen mit der UdSSR, sie betonten sogar ihr Interesse daran. Dabei taten sie aber alles, um sie zu vereiteln und einer Aufstockung des amerikanischen Atomraketenpotentials in Westeuropa den Weg zu ebneten.

Diese Handlungsweise hat bei der bundesdeutschen Öffentlichkeit stürmische Proteste ausgelöst. Massenaaktionen gegen die Pläne des Militärklüngels fanden fast in allen Ländern Westeuropas statt. Um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, posaunte die westliche Propaganda aus, der NATO-Beschluß betreffe sowohl den Bau und die Stationierung der neuen Atomraketen als auch Verhandlungen mit der UdSSR — falls sie günstig ausgingen, dann würden diese Waffen gar nicht notwendig sein.

Besonders hartnäckig behaupteten das Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher und die bürgerliche sowie die sozialdemokratische Presse der BRD. Von dieser Behauptung ausgehend, brachte die Führung der SPD auf deren Parteitag unmittelbar vor der NATO-Tagung eine Resolution für den Bau und die Stationierung der Atomraketenysteme durch, obwohl viele Delegierte forderten, daß von der Aufrüstung Abstand genommen wird.

Die Spitzenpolitiker der BRD konnten sich nicht darüber täuschen, daß sie die Grundlage für Verhandlungen mit der UdSSR zerstörten, wenn sie auf die Annahme der NATO-Resolution über eine Raketisierung Westeuropas hinwirkten. Ende November v. J. sagte das Andrej Gromyko klipp und klar bei seinem Besuch in Bonn Schmidt und Genscher gegenüber sowie auf der Pressekonzferenz. Anfang Dezember wurde in dem Kommuniqué, das die Berliner Sitzung des Komitees der

Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten ausgab, ein Urteil über den bevorstehenden NATO-Beschluß und seine Folgen abgeben.

Bei der Beschlußfassung über den Bau und die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa war man sich in der NATO durchaus darüber klar, daß der Beschluß die Entspannungsprozesse hemmen und die internationale Lage sehr verschlechtern wird.

Als um diesen Beschluß — auch innerhalb der NATO — noch gekämpft wurde, behaupteten bundesdeutsche Politiker und viele Propagandaorgane, er werde der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags im US-Senat und den nachfolgenden SALT-III-Gesprächen förderlich sein. Dieses Argument ist jetzt gegenstandslos geworden. Nach dem ersten Schritt zum kalten Krieg hat die US-Regierung auch den zweiten getan, nämlich die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags auf Eis gelegt.

Die Entspannung ist ein sehr komplizierter Prozeß, bei dem die Interessen und Meinungen aller Beteiligten berücksichtigt werden müssen. So waren die KSZE-Vereinbarungen möglich und konnte in den 70er Jahren die Lage in Europa bedeutend verbessert werden. Die Entspannung geht aber, einmal eingeleitet, nicht von selbst weiter. Ein Abbremsen kann zum Rücklauf führen. Wiederholt hat die UdSSR hervorgehoben, daß die logische Entwicklung der Entspannung ihre Ausdehnung auf den militärischen Bereich ist, und hat alles getan, damit das geschieht. Wie es sich aber letztthin unmißverständlich gezeigt hat, ist eine solche Aussicht den amerikanischen Falken zuwider.

Die Regierung Adenauer hielt sich seinerzeit ganz im Fahrwasser der amerikanischen Außenpolitik, deren Quintessenz die Konfrontation mit der UdSSR war. Jetzt gibt es in der BRD Kräfte, die das Land in jene Zeit zurückversetzen möchten. Können sie das aber, besonders nachdem die Bevölkerung der BRD die Vorzüge der Entspannung erkannt hat? Die sowjetische Öffentlichkeit ist über den neuen Trend in der Außenpolitik der BRD besorgt. Nach dem NATO-Beschluß vom Dezember können auf deutschem Boden jederzeit Atomraketen eintreffen und auf sowjetische Städte gezielt werden, die unter dem deutschen Militarismus schon wiederholt zu leiden hatten.

Nehmen wir einmal an, Bundeskanzler Schmidt meint es ehrlich, wenn er sagt, die neuen Systeme seien amerikanische Waffen, und er möchte nicht einmal einen Nachschlüssel dazu haben. Wer garantiert uns aber, daß morgen in Bonn nicht Kräfte ans Staatsruder gelangen, die

noch jetzt von einer Verlegung der Grenzen in Europa und davon träumen, sich das ganze Gebiet des Nazireiches zu holen? Diese Kräfte waren immer darauf aus, die BRD in den Besitz oder zumindest in den Mitbesitz des Atomraketenpotentials zu bringen.

Das Sowjetvolk ist durchaus berechtigt, die NATO-Beschlüsse, um die sich die USA so hartnäckig bemüht und zu deren Fassung die BRD so tatkräftig beitrug, von diesem Standpunkt aus zu sehen.

Der sowjetischen Öffentlichkeit und den Menschen guten Willens in anderen, besonders in den mit der BRD benachbarten Staaten ist es keineswegs gleichgültig, wer in Bonn die Außenpolitik gestaltet und ausübt. Unsere Sympathien gehörten immer denen, die auf Frieden und Entspannung, auf größere Sicherheit in Europa und eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit hingewirkt haben. Selbstverständlich erregt es ernste Befürchtungen, daß die gestrigen Partner bei der Entspannung diese heute kräftig abbremsen helfen.

Die BRD tritt mit gefährlichem außenpolitischem Gepäck in die 80er Jahre. Die Aufrüstungspläne drohen, alles zu vernichten, was in den 70er Jahren in der Entspannung erreicht wurde, und Europa wieder in den kalten Krieg zu verstricken.

Die Sowjetregierung hat der BRD gegenüber stets eine grundsätzliche und konsequente Politik betrieben. Sie hat alle revanchistischen und nationalistischen Äußerungen, alle Versuche, den Frieden in Europa zu stören, entschieden zurückgewiesen. Immer hat die UdSSR Schritte begrüßt und unterstützt, die darauf ausgerichtet waren, die Sicherheit auf unserem Kontinent zu erhöhen und die wechselseitig vorteilhaften bilateralen Beziehungen auszubauen.

So bleibt die sowjetische Politik. Wir glauben die Prozesse, die die Gegner der Entspannung forcieren, werden nicht unwiderruflich sein. Wie Leonid Breschnew in dem Interview für die „Prawda“ sagte, ist nicht anzunehmen, „daß es in Europa Staaten gibt, die gewillt wären, die Früchte der Entspannung denjenigen vor die Füße zu werfen, die bereit sind, sie zu zertreten“.

Die UdSSR lehnt Verhandlungen zu den Bedingungen der NATO ab, die sie von einer Position der Stärke führen möchte. Sie ist hingegen für Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung und der Prinzipien gleicher Sicherheit. Der gute Wille der UdSSR ist unverkennbar.

Jetzt ist es am Westen, sein Wort zu sprechen, nicht zuletzt an der Bundesrepublik Deutschland.

Die vor einem Monat zur Macht gelangte Rechts-Zentrums-Koalition, die „Demokratische Allianz“, versucht, die Uhr der Aprilrevolution zurückzustellen.

Nach den Wahlgewinnen vom vergangenen Dezember haben alle Beteiligten neue Ausgangsstellungen bezogen. Obwohl im Lande überhaupt mehr als die Hälfte der Wähler für die Linken gestimmt hat, besitzt die „Allianz“ jetzt einen unwesentlichen Vorsprung vor den Linken in der Versammlung der Republik (128 von 250 Sitzen). Das ist auf die besondere Art zurückzuführen, wie die Mandate verteilt werden. Sie bietet einer Partei oder Koalition einen Vorteil, die eine relative Mehrheit erhalten hat (die Rechtskoalition bekam in verschiedenen Wahlkreisen bis zu 40–45% der Stimmen). Vertreter der „Allianz“ bildeten Anfang Januar die neue Regierung mit dem Führer der Sozialdemokratischen Partei, Sá Carneiro, an der Spitze. Sie ist neulich in der Versammlung der Republik von den Rechten bestätigt worden.

Bei den kürzlichen Parlamentsdebatten gab die Regierung ihre Pläne bekannt, die Verstaatlichung der Industrie, der Banken und Versicherungsgesellschaften abzubauen, ebenso die Bodenreform und die Arbeiterkontrolle in den Betrieben. Auch macht sie aus ihrer Absicht kein Hehl, das Wahlgesetz im Interesse der Rechten abzuändern und die fortschrittliche Verfassung von 1976 zu revidieren, die, nach Ansicht der „Allianz“, zu viele Artikel zugunsten des Sozialismus enthalte.

Das Regierungsprogramm sieht eine bevorzugte Entwicklung der Privatwirtschaft und die Gründung privater Banken und Versicherungsgesellschaften vor. Um die ökonomische und finanzielle Praxis Portugals den Modellen der EG-Länder möglichst anzugleichen, will man auch Gesetze ändern. Außenpolitisch bekennt sich die Regierung rückhaltlos zur NATO und will erreichen, daß sich Portugal aktiver an diesem Block beteiligt.

Die Dezemberwahlen haben aber nicht nur eine Verlagerung zugunsten der rechtszentristischen „Demokratischen Allianz“ gezeigt, sondern auch ergeben, daß die Positionen der PKP und ihrer Verbündeten, der Demokratischen Portugiesischen Bewegung, im Lande, im Parlament und in den lokalen Machtorganen bedeutend stärker geworden sind. In der Versammlung der Republik sitzen jetzt 44 Kommunisten (früher 40) und 3 Abgeordnete der Demokratischen Bewegung (früher keiner). Die PKP kontrolliert jetzt mehr Gemeinderäte als vor dem Dezember 1979.

Dennoch hat sich die Lage der Linken im ganzen etwas verschlechtert. Das erklärt sich in erster Linie mit der Schwächung der Sozialisten, die ihren

DIE UHR ZURÜCKGESTELLT

Einfluß unter der Bevölkerung durch die kurzsichtige, kapitulantenhafte Politik ihrer Führung eingebüßt haben. Bis unlängst machte die SP dem Großkapital andauernd Zugeständnisse. Eine andere Ursache ist die Wahltaktik der SP-Führung, die ein Bündnis mit den anderen Linksparteien ablehnte, wodurch die Vertretung der SP im Parlament um etwa ein Drittel geschrumpft ist.

Also haben die Rechtsparteien erstmalig seit der Aprilrevolution direkten Zutritt zur Staatsmacht bekommen. Sogleich forderten die Anhänger eines „harten Kurses“ in der „Allianz“ die Erfüllung der Wahlversprechungen, die wirtschaftlichen und politischen Positionen des Großkapitals zu verstärken.

Ist das ausführbar?

Die Lissabonner Wochenschrift „O Jornal“ schrieb neulich, die „Allianz“ habe bei den Wahlen nur das Recht gewonnen, die Regierung zu bilden und in den nächsten 9 Monaten, bis zu den diesjährigen Parlamentswahlen (im Herbst), über das Land zu herrschen, aber nicht mehr. Wenn sie keine absolute Stimmenmehrheit bekommt, könne sie kaum Anspruch darauf erheben, an den Grundlagen des Regimes etwas zu ändern, das nach der Aprilrevolution errichtet wurde.

Mit einer Politik im Sinne des Großkapitals wird die Regierung unweigerlich auf starken Widerstand bei den Linksparteien und den Gewerkschaften stoßen. Sie wird an Einfluß bei einem großen Teil der Wählerschaft verlieren und dann viel weniger Chancen bei den im Herbst stattfindenden Parlamentswahlen haben.

Ungünstig für die Rechten sind auch die Aussichten auf die Beziehungen zum Präsidenten und zum Revolutionsrat. Die „Allianz“ erklärt unverblümt, man müsse so schnell wie möglich, noch vor den Parlamentswahlen, die Verfassung ändern. Präsident Eanes dagegen hat wiederholt seine Verpflichtung bestätigt, „dafür zu sorgen, daß alle Portugiesen die Verfassung befolgen“. Vor ihrem Machtantritt übte die „Allianz“ scharfe Kritik am Staatschef und am Revolutionsrat wegen ihrer „viel zu linken Einstellung“. Vorläufig ist vom völligen Verschwinden dieser Feindseligkeit nichts zu merken.

Die „Allianz“ fordert die Auflösung des Revolutionsrats und eine „Rückkehr des Militärs in die Kasernen“, d. h. sein Ausscheiden aus der politischen Betätigung. Das wollen auch die konservativen Offiziere. Bei den linken Militärs dagegen findet es keinen Anklang, ebenso wenig wie die Pläne der „Allianz“, die „Überspitzungen“ der April-

revolution zu beheben. Zum erstenmal seit der Revolution von 1974 ist kein einziger Militär in der Regierung. Der britische „Economist“ schrieb, Ministerpräsident Sá Carneiro habe den Militärs höflich „die Tür gewiesen“. Der Revolutionsrat hat auf diesen Schritt des neuen Regierungschefs vorläufig noch nicht reagiert.

Beobachter geben ein Urteil über die eventuelle Weiterentwicklung ab und halten ein politisches Duell zwi-



Sá Carneiro freut sich über den Wahlsieg. Unter seiner Führung wollen die Rechten die Verstaatlichung und die Bodenreform abbauen und die Verfassung einer Revision unterziehen.

Foto aus „Newsweek“ (USA)

schen dem Kabinett einerseits und dem Präsidenten sowie dem Revolutionsrat andererseits nicht für ausgeschlossen. Laut Verfassung hat der Präsident sehr weitgehende Befugnisse bei der Behebung einer politischen Krise, auch bei Differenzen zwischen ihm und der Regierung. Der Staatschef kann gegen Gesetze, die das Parlament verabschiedet hat, sein Veto einlegen. Es kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit in der Versammlung der Republik aufgehoben werden, über die die „Allianz“ keine Verfügungsgewalt hat.

Auf die Effektivität der neuen Regierung wird sich zweifellos auch der Umstand auswirken, daß die Interessen der verschiedenen Parteien und Gruppierungen, aus denen die „Allianz“ besteht, nicht gleich sind. Die Sozialdemokraten, das katholische Zentrum, die Volksmonarchisten und die sogenannten Reformatoren haben ganz verschiedene

Ziele. Wie neulich der Pariser „Monde“ feststellte, besteht die Geschlossenheit der „Allianz“ nur scheinbar. Das müssen deren Anhänger selbst eingestehen.

Auch die Linken haben ihre Schwierigkeiten. Die Situation in der SP ist ziemlich heikel. Infolge der Wahlniederlage bestehen zwischen ihren Führern ernste Differenzen.

Die Lissabonner Presse schreibt von sechs Strömungen, die jetzt in der SP bestünden. In Kreisen der Linken hält man die Gruppierungen sozialdemokratischer Observanz, die auf einem Bündnis mit den bürgerlichen „Sozialdemokraten“ Sá Carneiros bestehen, für die gefährlichsten, was die Zukunft der SP betrifft. Sie möchten die ganze oder einen großen Teil der SP ins Fahrwasser der rechtsstehenden „Reformatoren“ bugsieren, die vor den Dezemberwahlen schon zur „Allianz“ überliefen. Das würde zweifellos dazu führen, daß sich die SP im Rechts-Zentrums-Block auflöst und daß ihr Führer, Mario Soares, nur noch die Leitung einer kleinen sozialdemokratischen Gruppierung inne hätte. Der andere Flügel der SP sieht den Ausweg aus den Schwierigkeiten in einem Bündnis mit den Linken.

Der Kampf in der Partei ist noch lange nicht zu Ende, aber die Zeit wartet nicht, die SP-Führer müssen sich beeilen. Davon, ob sich die SP vor den Herbstwahlen umgruppieren kann oder nicht, hängt viel für ihre Wahlchancen ab.

Das genaue Gegenteil von dieser Wirrnis und diesen Schwankungen ist bei den wirklich Linken — den Kommunisten und ihren Verbündeten — zu sehen. Die Demokratische Portugiesische Bewegung und die fortschrittlichen Gewerkschaften haben ihre Positionen in den letzten Monaten wesentlich verstärkt. Die PKP ist stark und geeint wie nie zuvor. Sie genießt bei den Massen großen Einfluß und verdientes Ansehen. Der Wahlblock, an dem sie beteiligt ist — das Bündnis für die Einheit des Volkes — bekam bei den vorigen Wahlen etwa 1,2 Millionen Stimmen. Fest ist das Bündnis der Kommunisten mit der Allgemeinen Konföderation der Portugiesischen Werktätigen, dem Inter-sindical Nacional (CGTP—IN). Die portugiesischen Arbeiter, Bauern, Angestellten und Intellektuellen können sich in ihrem energischen Kampf gegen die Politik der neuen Regierung ganz auf die PKP und ihre Verbündeten, auf die CGTP—IN verlassen. Die Gewerkschaften und die PKP haben erklärt, daß sie entschieden gegen die Regierung sind, falls sie eine Offensive gegen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften aus der Aprilrevolution einleiten sollte. Sie haben erklärt, daß sie alle ihnen verfügbaren verfassungsmäßigen Möglichkeiten aufbieten werden, um die Interessen der Werktätigen zu wahren.

E. KOWALJOW

RINGS UM DEN WAHLKAMPF

Zwei Abgeordnete der Interimistischen Nationalversammlung beantragten vor kurzem, die Republik der Philippinen in Maharlika umzubenennen, was in der Sprache der Tagalen „Kleines Land, im Geiste stark“ bedeuten soll. Als Argument führten die Antragsteller an, daß der jetzige Name des Landes nach König Philipp II. von Spanien die Bevölkerung an die koloniale Vergangenheit ihrer Heimat erinnere und sie in ihrer nationalen Würde verletze. Präsident Marcos sprach für den Antrag. Trotzdem ist die eingereichte Vorlage vorläufig zu den Akten gelegt worden, denn die Filipinos haben jetzt andere Sorgen.

Die Vorbereitungen der Parteien und politischen Gruppierungen zu den ersten Gemeindevahlen seit Verhängung des Ausnahmezustandes von 1972 gehen ihrem Ende entgegen. Zu wählen sind rund 20 000 Mitglieder der lokalen Machtorgane der verschiedenen Ebenen, darunter auch die Gouverneure der Provinzen und die Bürgermeister der Städte. In einer Sitzung, die die leitenden Organe der Regierungskoalition „Bewegung für die neue Gesellschaft“ Mitte Dezember abhielten, beschloß man, die Wahlen für den 30. Januar 1980 anzuberaumen.

Danach gab der Präsident bekannt, daß für die Zeit des Wahlkampfes die Beschränkungen aufgehoben werden, die für öffentliche Reden, für Versammlungen sowie für die Herausgabe und Verbreitung von Publikationen bestanden, vorausgesetzt, daß sie nicht „subversiv“ seien. Auch gelten diese Erleichterungen nicht für die „kritischen Gebiete“. Laut dem vom Präsidenten unterzeichneten „Wahlkodex“ dürfen Personen nicht kandidieren, die sich eines beliebigen unloyalen Aktes dem Staat gegenüber schuldig gemacht haben, einschließlich solcher, die „subversiver Umläufe“ oder der „Beteiligung an Unruhen“ beschuldigt werden. Vertreter der Opposition behaupten, infolge dieser und einiger anderer Beschränkungen habe nur die „Bewegung für die neue Gesellschaft“ in allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen können.

Obwohl diese Bewegung erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit die Form einer Organisation angenommen hat (unmittelbar vor den Wahlen zur Interimistischen Nationalversammlung vom April 1978), wies der Wortschatz der Filipinos den Ausdruck „neue Gesellschaft“ schon sechs Jahre früher, seit Verhängung

des Ausnahmezustands, auf. Marcos formulierte die Hauptaufgabe der „neuen Gesellschaft“ so, sie habe durch eine „Revolution von oben“ dem Massenelend, der Ungerechtigkeit und Unterdrückung der „alten Gesellschaft“ ein Ende zu bereiten, mit der die Zustände der 60er Jahre gemeint waren. Bei den Filipinos waren die erbitterten Kleinkriege unvergessen, die heftigen Machtkämpfe in den herrschenden Kreisen wie auch der Terror der Privatarmeen, die sich die Großgrundbesitzer hielten.

Mit Hilfe der Verordnungen im Rahmen des Ausnahmezustandes erreichte die Regierung Marcos, daß sich die Lage im Land etwas gesünder gestaltete, weil dem Wüten der Anarchie ein Ende gesetzt war. Einige soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen wurden vorgenommen, eine Bodenreform angekündigt. Heute aber sagen nicht nur die politischen Gegner des Präsidenten, sondern auch einige namhafte Politiker der Regierungskoalition ganz offen, daß sich die Behebung der Mängel aus der „alten Gesellschaft“ in die Länge gezogen hat und daß die Kluft zwischen reich und arm nicht schmaler geworden ist.

Seit 1972 sind die Preise für Nahrungsmittel und notwendigste Gebrauchsartikel, der Zentralbank der Philippinen zufolge, um mehr als 200% gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Kaufkraft des philippinischen Peso auf mehr als die Hälfte und der Reallohn der Arbeiter infolge der Inflation durchschnittlich um 35% gesunken. Die Bodenreform ist noch lange nicht zu Ende geführt. Sie war aber als tragender Pfeiler der Regierungspolitik zum Aufbau der „neuen Gesellschaft“ bezeichnet worden. Voriges Jahr wurde in den führenden Wirtschaftszweigen ein Nachlassen des Produktionswachstums festgestellt. Der Passivsaldo der Zahlungsbilanz ist angewachsen. Im Oktober 1979 hatte das Land fast 9 Md. Dollar Auslandsschulden, um 20% mehr als 1978.

Natürlich mußte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise im Westen auf die Philippinen wie auf viele andere

Entwicklungsländer auswirken. Viele Filipinos führen die jetzigen Schwierigkeiten jedoch auf die Vormachtstellung ausländischen, vor allem amerikanischen Kapitals in der Wirtschaft des Landes zurück.

Voriges Jahr setzten die Monopole eine Aufhebung der staatlichen Preiskontrolle bei Nahrungsmitteln und wichtigsten Gebrauchsgütern durch. Sofort schnellten die Preise auf dem Binnenmarkt in die Höhe. Jetzt fordert das Auslandskapital Aufhebung der Kontrolle über sämtliche Preise.

Die amerikanische Präsenz auf den Philippinen beschränkt sich keineswegs auf die Geschäfte zahlreicher überseeischer Monopole. Am krassen tritt sie wohl darin in Erscheinung, daß man überall US-



Eine Straße in Manila, der Hauptstadt der Philippinen

Foto: TASS

Soldaten und -Matrosen von den Militärstützpunkten Subic Bay und Clark Field sieht. Das Abkommen mit den USA über die Stützpunkte von Anfang 1979 hat an der Art und am Umfang ihrer militärischen Präsenz im Lande praktisch nichts geändert. Sie dienen nach wie vor zur Einnischung der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Dort stach ja im November der Flugzeugträger „Kitty Hawk“ mit Kurs auf den Iran in See, was irgendwie an das Vietnam-Abenteuer Washingtons erinnert, bei dem auf Subic Bay gestützte Kriegsschiffe der USA an der Blockade gegen Vietnam und an dessen vandalischem Beschuß teilnahmen. Diese Stützpunkte dienen Washington dazu, die Philippinen bei der Stange zu halten und gehörig auf sie zu drücken. Es ist bestimmt nicht ohne einen solchen Druck der USA abgegangen, als Manila Anfang Januar den Zusammentritt der UNO-Sondertagung wegen der sogenannten Afghanistanfrage beantragte.

Eine unverkennbare Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den Philippinen ist die schlechtere soziale Lage. Voriges Jahr erstickten Sonderkommandos der Polizei mehrere spontane Unruhen in den Elendsvierteln von Manila. Die Unzufriedenheit der Werktätigen nimmt zu, unter den Intellektuellen gärt es.

Die bürgerlichen Rechtsparteien und -organisationen machen sich die Zunahme der inneren Spannungen zunutze. Nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen von 1978 aus der Interimistischen Nationalversammlung ausgebootet, verstärkten sie sehr bald wieder ihre Kampagne gegen die Regierung. Unter Ausnutzung der Tatsache, daß immer weitere Kreise für die Aufhebung des Ausnahmezustandes sind, wirft die Opposition Marcos vor, er drohe die demokratischen Rechte und Freiheiten und übe eine Diktatur aus. Sie fordert seinen Rücktritt. Auf seinen Vorschlag, einen Dialog anzufangen, um bessere Entwicklungsmöglichkeiten für das Land ausfindig zu machen, trat ein Führer der bürgerlichen Opposition, der namhafte Politiker Benigno Aquino, mit einem Programm für eine „politische Normalisierung“ der Lage im Land hervor. Es sieht vor, daß die wichtigsten Beschränkungen, die unter dem Ausnahmezustand verfügt wurden, aufgehoben werden, daß eine politische Amnestie gewährt wird, daß man Fragen der Machtkontinuität regelt und für die „Übergangszeit“ genaue Termine und eine Reihenfolge der zu treffenden Maßnahmen festsetzt. Weiter empfiehlt Aquino, schon jetzt einen „Führungsrat“ als dem Präsidenten beigeordnetes Beratungsorgan zu bilden, das aus Vertretern verschiedener Parteien und anderer Organisationen, der Kirche, der Geschäftswelt und der Streitkräfte bestehen soll. Marcos soll eingewilligt haben, die Bildung eines solchen Rats zu erwägen.

Eine vollständige oder teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes bringt der Präsident jedoch immer mit einer Unterbindung der subversiven Umtriebe in Zusammenhang. Es handelt sich u. a. darum, daß in einigen Gebieten im Landesinnern noch immer bewaffnete Trupps einer auf Peking orientierten Untergrundorganisation ihr Unwesen treiben, die sich „Neue Volksarmee“ nennt. In der Auslandspresse liest man hin und wieder von einer Unterstützung der philippinischen Maoisten seitens der VR China. Die Presse der Philippinen berichtet von häufigeren Zusammenstößen der Linksextremisten mit Regierungstruppen, sie weist auf Kontakte zwischen den Maoisten und der Nationalen Befreiungsfront Moro (MNLF)

hin, die auf den südlichen Philippinen Mindanao und Sulu die Aufstandsbewegung anführt.

Schon lange werden die Philippinen von einem Konflikt zwischen der Landesregierung und den Moslems, die von den 10 Millionen Bewohnern der Südprovinzen (das ganze Land hat über 46 Mio Einwohner) etwa 20% ausmachen, mehr oder weniger stark wie von einem Fieber geschüttelt. Die Ursachen des Konflikts liegen nicht nur im religiösen, sondern auch im sozialen Bereich. Wie der „Daily Express“ (Manila) schrieb, rühre die Unzufriedenheit, die die Aufstandsbewegung speist, insbesondere „von der Not, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Korruption“ her.

Als Allheilmittel für alle Kummerisse der Moslems sieht die Führung der MNLF eine weitgehende interne Autonomie an. Manchmal wird aber auch die Losung ausgegeben, daß sie ganz von den Philippinen losgetrennt werden sollen. Manila hat nichts gegen eine Autonomie „im Rahmen der Souveränität und territorialen Integrität der Philippinen“ und garantiert ihnen eine solche, aber die Führer der MNLF gehen nicht darauf ein. Die Landesbehörden bestehen auf ihrem Standpunkt und berufen sich auf die Volksabstimmung, die 1977 im Süden abgehalten wurde. Die Teilnehmer erklärten sich mit der vom Präsidenten vorgeschlagenen Bildung zweier halbautonomer Kreise einverstanden. Im Mai 1979 fanden in ihnen Wahlen zu den Kreisversammlungen statt. Wie Marcos sagte, sollten die Wahlen „den Schwerpunkt des Kampfes aus den Bergen, wo Waffengewalt geübt wird, in die Sitzungssäle verlegen, wo die Hauptwaffe das Wort sein wird“.

Es kam aber nicht zu Wortgefechten. Die MNLF lehnt beliebige Maßnahmen ab, die die Landesregierung nicht mit ihr vereinbart hat. Der Auslandspresse zufolge hat die MNLF-Führung unlängst erklärt, sie sei entschlossen, das Selbstbestimmungsrecht für die Moslems mit Waffengewalt durchzusetzen. Marcos hat zugegeben, daß die Bildung zweier autonomer Kreise im Süden das Moslemproblem nicht gelöst hat, und erklärt, daß „die jetzige scheinbare Ruhe im Süden nur die Ruhe vor einem Sturm sein“ könne.

Wie sich die Dinge dort auch weiterentwickeln mögen, eins ist klar: Eine Wiederaufnahme der großen Kampfhandlungen, die schon Zehntausende Menschenleben gekostet haben und die Staatskasse schwer belasten, würde die Lösung der akuten wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Filipinos sehr verzögern.

S. IRODOW

DAS TREFFEN IN DAMASKUS

Unter dem Vorwand, einer „so-jetischen Bedrohung“ entgegenwirken zu wollen, versuchen die Kräfte des Imperialismus jetzt angelernter, im Nahen und Mittleren Osten ein System aggressiver Blöcke zu bilden und sich dort Militärfürstützpunkte anzulegen. Zugleich werden Aktionen unternommen, die zeitlich mit der für Ende Januar angesetzten Islamkonferenz zusammenfallen und die Beschlüsse der vorigen vom Frühjahr 1979 gegenstandslos machen sollen [diese fand in Fez statt, verurteilte die Vereinbarung von Camp David und schloß Ägypten aus diesem Gremium aus].

Solche Versuche stoßen jedoch auf immer stärkeren Widerstand. Die Mitte Januar in Damaskus abgehaltene Konferenz der Außenminister der zur panarabischen Ständhaftigkeitsfront gehörenden Länder (Syrien, VDR Jemen, Algerien, Libyen und die PLO) hat ihren Standpunkt klipp und klar dargelegt. Die Teilnehmer haben gewarnt, daß eine Einbeziehung Ägyptens in einen aggressiven Block nur „das Vorspiel zur Ausbreitung der amerikanischen Herrschaft über die ganze Region“ wäre. Gerade um diese Absicht zu bemänteln, spielen sich die USA als „Schützer“ des Islams und der Moslems auf. Wie es in einer von der Konferenz angenommenen Erklärung heißt, bezweckt das Gezeter der USA unter Beteiligung Israels und des ägyptischen Regimes über die Geschehnisse im Iran und in Afghanistan, „die arabischen und die Moslemvölker vom Kurs auf den Kampf gegen die Hauptgefahr — eine zionistische Okkupation — abzubringen, die arabische und islamische Solidarität zu erschüttern, die Abkommen von Camp David über den toten Punkt hinwegzubringen und die arabischen Völker mit ihren Freunden zu verfeinden.“

Die Konferenz hat dazu aufgerufen, dem US-Imperialismus und dem zionistischen Expansionismus energischen Widerstand zu leisten und das ägyptische Regime vollständiger zu isolieren. Die Teilnehmer haben sich für die iranische Revolution erklärt und bekräftigt, daß sie „den Willen des afghanischen Volks zur Verteidigung seines Vaterlandes respektieren“. Die arabischen Völker würden nicht zulassen, daß jemand die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der sozialistischen Ländergemeinschaft stört, deren Avantgarde die UdSSR ist.

A. STEPANOW

Lied auf die Stärke

„In der ganzen Geschichte bewaffneter Auseinandersetzungen hat es nie eine stärkere Kriegsmaschine und nie eine umfangreichere Publikation zur militärischen Thematik gegeben“ — so heißt es auf dem Schutzumschlag dieses Bildbandes. „Erstmals sind die gesamte Macht der US-Streitkräfte und die wichtigsten Typen ihrer Waffen beschrieben, illustriert und in diesem großartigen Buch eingeschätzt. Auf 272 Seiten behandelt es eingehend die hauptsächlichsten Modelle von Panzern, Kriegsflugzeugen, Kriegsschiffen, Raketen und Schußwaffen, analysiert den Aufbau und die Kampfkraft der US-Streitkräfte.“

Dieses Buch heißt „Die US-Kriegsmaschine“, erschienen 1979 in London, im Verlag Salamander Books. Seine Redakteure und Verfasser zählen stolz auf: mehr als 470 Farbfotos, über 120 Zeichnungen und Schemata, viele Karten, Tabellen und Schaubilder... Das Buch enthält 150 000 Wörter, unter den Verfassern sind Professoren, Offiziere und Generale, CIA-„Experten“.

Das „prachtvolle Buch“ enthält z.B. eine Zeichnung, die die „Vorzüge“ einer Neutronenbombe von einer Kilotonne gegenüber einer Atombombe von 10 Kilotonnen demonstriert. Erläuternd heißt es, man hätte die Neutronenbombe zu Unrecht so stark kritisiert...

Welchen Zweck verfolgt dieses Album eigentlich? Es erinnert vor allem

an einen Katalog mit Preisliste, der um die potentiellen Käufer wirbt. Zudem soll es ein Lied auf die Stärke der USA singen. „Es kann keinerlei Zweifel daran geben, daß die US-Kriegsmaschine — was die technische Raffiniertheit ihrer Waffensysteme, die Vielfalt ihrer Möglichkeiten und die Fähigkeit angeht, militärische Operationen in einer beliebigen Region zu führen — heute unübertroffen ist“, behaupten die Autoren.

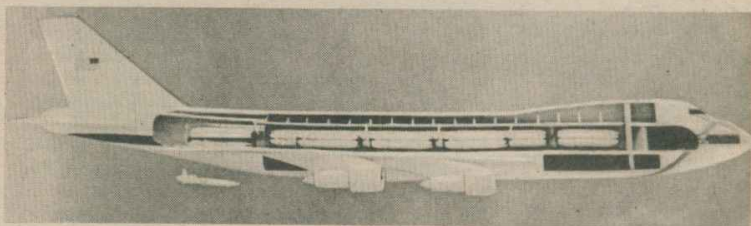
Und die „sowjetische Bedrohung“?

Auch sie wurde nicht unerwähnt gelassen. Abschließend heißt es in dem Buch: „In den letzten 10 Jahren hat die Zahl der sowjetischen Waffen so bedrohlich zugenommen, haben sich ihre technischen Parameter so ver-

bessert, daß die USA Gefahr laufen, die militärische Überlegenheit auf fast allen militärischen Gebieten, in quantitativer ebenso wie, was noch alarmierender ist, in qualitativer Hinsicht zu verlieren.“

Das Album wurde also zusammengefaßt und herausgebracht, um zu zeigen, daß die „Rettung der USA“ angeblich allein in weiterem Wettwaffen und in ständiger militärischer Überlegenheit gegenüber der UdSSR liegt — was auch voll und ganz mit dem „neuen Kurs“ der Washingtoner Administration übereinstimmt.

A. TSCHLENOW



Die F-111 wirft ihre tödliche Last ab: 24 MK-82-Bomben.

Ein Modell der Boeing 747, die 72 Cruise Missiles an Bord nehmen kann.

Der Schutzumschlag des Albums macht Propaganda für die militärische Stärke der USA.



SCHWERPUNKT WIEDERAUFBAU

IGOR SERGEJEV



Im Zentrum Luandas weht über einem roten Backsteinhaus, in dem sich der Sitz der MPLA — Partei der Arbeit befindet, die rote schwarze Fahne mit einem gelben fünfzackigen Stern der Partei, die die Kampfvorhut des Volkes Angolas ist. Das Rot symbolisiert das Blut, das die Angolaner in den Jahren des nationalen Befreiungskampfes vergossen haben, das Schwarz den afrikanischen Kontinent und das Gelb die angolanischen Bodenschätze.

Die vom Krieg geschlagenen Wunden vernarben allmählich, Fabriken und Werke erstehen aus den Ruinen, auf den von Panzern zerwühlten Kaffeeplantagen grünen neue Setzlinge. Aber der Kampf ist noch lange nicht beendet, er ist nicht weniger erbittert und kompromisslos als in den Jahren der Schlach-

ten. Nicht nur deshalb, weil die Provokationen der südafrikanischen Rassisten nicht abreißen: Diese lassen die Ortschaften in den angolanischen Grenzgebieten beschießen und mit Bomben belegen, schleusen Diversanten ein und helfen den Spalterbanden. Die Hauptfront der VR Angola verläuft heute aber woanders. Ihr wichtigster Abschnitt heißt Wiederherstellung und Entwicklung der vom Krieg fast total zerstörten Wirtschaft, Aufbau eines friedlichen Lebens auf neuer, sozialistischer Grundlage.

Vor kurzem sagte der Vorsitzende der MPLA — Partei der Arbeit und Präsident der VR Angola José Eduardo dos Santos: „Blickt man auf unseren Weg seit der Ausrufung der Unabhängigkeit 1975 zurück, auf die Zeit, da die wich-

tigsten Straßen und Brücken zerstört, die meisten Betriebe lahmgelegt, die Eisenbahnen nicht funktionierten und wir praktisch keine Last- und Personenkraftwagen hatten, so kann man einen bedeutenden Fortschritt feststellen, erreicht dank der Entschlossenheit und großen Beharrlichkeit unseres Volkes beim nationalen Wiederaufbau.“

In der gegenwärtigen Phase des Wiederaufbaus gilt es, sich dem Produktionsstand von 1973 zu nähern und die wichtigsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Landwirtschaft bildet heute die Grundlage und die Industrie den entscheidenden Faktor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Der fruchtbare Boden Angolas, auf dem praktisch alle Kulturen der tropi-

An einem Novembertag v. J. startete vom Flugplatz Kinshasas, der Hauptstadt von Zaire, ein Flugzeug und nahm Kurs auf Nordwesten. Zu den wenigen Fluggästen gehörte ein mittelgroßer Mann mit dunkler Brille, die er während des ganzen Fluges nicht abnahm.

Das war José Jilmor, alias Holden Roberto, Führer der Spaltergruppierung FNLA in Angola und nebenbei bezahlter CIA-Agent. Zusammen mit zwölf seiner Kumpanen verließ er Kinshasa auf Weisung der Behörden von Zaire, die gemäß dem Abkommen zwischen den Präsidenten von Zaire, Angola und Sambia vom 14. Oktober 1979 erteilt worden war. Das Abkommen sieht vor, daß das Territorium eines dieser Länder nicht für feindliche Aktionen gegen beide anderen benutzt werden darf.

In Dakar (Senegal), wo das Flugzeug landete, wurde den FNLA-Führern das politische Asyl verweigert. H. Roberto versuchte es mit der Elfenbeinküste, aber auch dort erfolglos. So mußten die dreizehn Anführer der Spalterbande in Abidjan erneut das Flugzeug besteigen. Seitdem hat sich ihre Spur verloren. Selbst diejenigen, die ihnen Asyl gewährt haben, schweigen wohlweislich, denn so etwas kann wirklich keinen Ruhm einbringen.

Das Ereignis, das wir erwähnt haben, war ein großer Sieg der VR An-

EIN WEG, DER INS NICHTS FÜHRT

Maxim KNJASKOW

Angola, ihres Volkes, ihrer Regierungspartei und ihrer Regierung, ein Sieg im Ringen an der diplomatischen und der Kampffront. Daß der FNLA auf dem Territorium von Zaire das Handwerk gelegt wurde, nahm dieser Marionettengruppierung die Möglichkeit, gegen die junge Republik zu wühlen. Aber die Leute, die der Vergangenheit nachtrauern, haben die Waffen noch nicht gestreckt.

Ungefähr zu der Zeit, als Roberto aus Kinshasa hinausgesetzt wurde, begab sich ein anderer „Elferer“ in angolanischen Angelegenheiten, der UNITA-Chef Jonas Savimbi, in den Westen. Zuerst hielt er sich in den USA auf, wohin ihn, offenbar im Auftrag der Behörden, die profaschistische Organisation „Freedom House“ eingeladen hatte. Bei einem Essen für Savimbi in Washington waren die Senatoren H. Jackson und S. Nunn sowie der Ex-Verteidigungsminister der USA Schlesinger zuge-

gen. In New York unterhielt sich der Gast aus Afrika mit Ex-Außenminister Kissinger, dem „Taufpaten“ der angolafeindlichen CIA-Operationen.

Savimbi machte aus seinem Herzen keine Mördergrube:

„Ich bin gekommen, um politische Unterstützung zu erhalten. Der Ausgang der Entwicklung in Angola wird von der Position der USA abhängen“, erklärte er in New York.

Der Strohmann wußte, an wen er sich zu wenden hatte. Die USA haben die legitime Regierung der VR Angola bis heute nicht anerkannt und leisten den angolafeindlichen Kräften Vorschub.

Als die Situation in Angola 1975 äußerst gespannt war, erarbeitete die CIA mit Kissingers Segen ein ganzes Programm zur Einmischung in die Angelegenheiten dieses Landes unter dem Codenamen „A-Future“. Vorgesehen war, die Spaltergruppen FNLA und UNITA mit Waffen und Munition zu beliefern, Söldner für sie anzuwerben und Desinformationen über die Lage in der Republik zu verbreiten. Zur Koordinierung der CIA-Aktivitäten laut diesem Programm begaben sich Dutzende ihrer Agenten nach Kinshasa, Luanda, Lusaka und Pretoria.

Aber selbst nachdem die Operation „A-Future“ gescheitert war und die angolanischen Patrioten, von den so-

schen, subtropischen und gemäßigten Zone angebaut werden können, kann alle seine Einwohner im Überfluß mit Nahrungsmitteln versorgen. Vorläufig aber muß das Land Reis, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Öl importieren. Die Volksmacht hat den Bauern den Grund und Boden gegeben und sie von der feudalen Knechtung befreit. Doch konnte das das Nahrungsmittelproblem noch nicht lösen, denn die jahrhundertalte patriarchalische Lebens- und Arbeitsweise im Dorf war zuerst einmal unverändert. Die Genossenschaftsbewegung auf dem Lande hat die Aufgabe, die Rückständigkeit des Dorfes zu überwinden. Im April 1979 wurde dem Landwirtschaftsministerium ein Nationales Amt für landwirtschaftliche Genossenschaften und für die Bauernhilfe beigegeben. Es arbeitet mit anderen Staatsorganen zusammen, koordiniert die Belieferung des flachen Landes mit Technik und Dünger und sorgt für die Verbreitung der modernen Methoden der Arbeitsorganisation.

Heute bestehen in Angola ca. 120 Produktionsgenossenschaften und 580 Bauernvereinigungen. Schon ihre ersten Arbeitsergebnisse zeigen deutlich, daß diese Richtung aussichtsreich ist und

den wenig produktiven, kaum rentablen Einzelwirtschaften gegenüber viele Vorzüge hat.

In der Industrie lautet die Aufgabe, dem staatlichen Sektor in der nationalen Wirtschaft die führende Rolle zu sichern und seine Produktion auf diesem Sektor wesentlich zu erhöhen. Die nationalisierten Betriebe liefern gegenwärtig ca. 40% der Industrieproduktion. Im vorigen Jahr wurden eine Textilfabrik in Benguela, eine Zellulose- und Papierfabrik in Catumbale u. a. eröffnet.

Im Dezember wertete man zum 23. Jahrestag der Gründung der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) die Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbs aus. An ihm beteiligten sich 128 Industriebetriebe. Ihre Errungenschaften haben viel zum Aufschwung der Landeswirtschaft beigetragen. Die Stromerzeugung und die Diamantengewinnung ist gestiegen, die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen, Textilien, Seife und Streichhölzern merklich besser geworden. Gute Erfolge weist der Hauptzweig der Industrie, die Erdölgewinnung, auf, deren Zentrum die Provinz Cabinda ist. Erstmals in der Geschichte des Landes betrug die Gewinnung 1979 ca. 10 Mio t.

Hunderte qualifizierte angolanische Arbeiter und Techniker nahmen im vorigen Jahr, das zum „Jahr der Nachwuchsausbildung“ proklamiert wurde, die Arbeit auf Baustellen und in Industriebetrieben auf. Seine Durchführung war dank der gesamtationalen Kampagne zur Liquidierung des Analphabetentums unter den Erwachsenen möglich. Mehr als 400 000 Angolaner lernten in den letzten drei Jahren lesen und schreiben, weitere 700 000 — jeder 9 Einwohner der Republik — sind noch dabei.

In der Erklärung des Politbüros des ZK der MPLA — Partei der Arbeit zum 4. Jahrestag der VR Angola heißt es: „Die Macht der Arbeiter und Bauern kann nur real sein, wenn Organe der Volksmacht gegründet werden.“ Das wichtigste Ereignis dieses Jahres ist die Eröffnung der Nationalen Volksversammlung, womit die Gründung der örtlichen Organe der Volksmacht und die Beseitigung des alten, vom Kolonialismus übernommenen bürokratischen Apparats abgeschlossen ist.

In den schweren Jahren des bewaffneten Kampfes gegen die Kolonialherren und ihre Handlanger und in der Zeit

zialistischen Ländern unterstützt, einen vollständigen Sieg über die Spalter davongetragen hatten, gaben die USA ihre Pläne nicht auf. Anfang 1979 tauchte in den USA ein gewisser Lubota auf, der Chef einer weiteren reaktionären Bande (FLEC), die sich das Ziel setzt, die erdölrreiche Provinz Cabinda von Angola loszutrennen.

In der USA-Hauptstadt sagte er, sie hätten nur wenig Freunde.

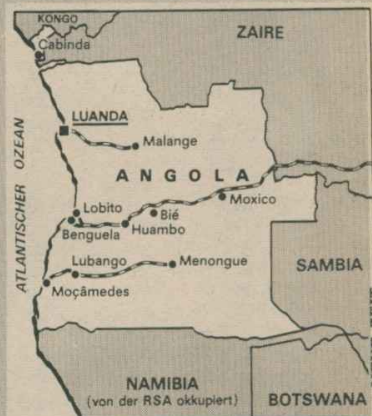
Ein halbes Jahr später, im Juni, teilte Lubota mit, daß die USA der FLEC Hilfe „aus humanen Motiven“ erwiesen.

Um seine Strohmannen zu aktivieren, setzt Washington die Führung der VR Angola unter groben Druck. Zwei repräsentative USA-Delegationen besuchten nacheinander die Republik Ende 1978. Danach erklärte der erste Präsident Angolas Agostinho Neto: „Die amerikanischen Delegationen sagten uns, die USA wären bereit, zu Angola diplomatische Beziehungen herzustellen, allerdings unter gewissen Bedingungen... Sie wollen, daß die UNITA in unser Land zurückkommt. Sie fordern, daß unsere internationalistischen Freunde“ (die Kubaner) „abziehen und so der RSA einen Überfall auf uns ermöglichen. Hätte das ZK der MPLA — Partei der Arbeit diese Be-

dingungen angenommen, wären wir nicht mehr unabhängig. Wir würden nur von USA-Almosen leben.“

In den USA spendete man den antikubanischen und antisowjetischen Ausfällen Savimbis frenetisch Beifall, aber der Mann wollte mehr als nur Unterredungen mit USA-Vertretern. Im Dezember v. J. kam der UNITA-Chef in die BRD und besuchte vor allem das CSU-Land Bayern. Auf einer Pressekonferenz, die die bayrischen Behörden veranstalteten, verlangte er von den Westmächten „Verständnis und Zusammenarbeit“. Außerdem hatte er ein anderes Ziel im Auge.

Die UNITA verbüßt ihre Banditenangriffe auf Angola von Stützpunkten aus, die in dem von der rassistischen RSA okkupierten Namibia liegen, wenn die UNITA das auch zu verbergen sucht. In Namibia leben aber mehr als 30 000 Deutsche, zumeist Anhänger des Wilhelminischen Deutschlands, Nazis, die aus Angst vor der Vergeltung bis nach Südafrika geflohen waren, und Neofaschisten. Die CDU CSU unterhält ständig Kontakte zu ihnen. Nach allem zu urteilen, möchte Savimbi feste Beziehungen zu dieser deutschen Gemeinde herstellen, die einen beträchtlichen Einfluß und erhebliche Finanzmittel besitzt.



Wie einer der UNITA-Anführer, Manuel Bernardo, aussagte, als er von den Streitkräften der VR Angola gefangengenommen worden war, liegt der Hauptstützpunkt der UNITA auf dem südafrikanischen Militärstützpunkt Grootfontein in Namibia. Dort werden die angolanischen Verräter und Mörder von Ausbildnern aus der RSA und aus Chile gedrillt. Auf Geheimwegen strömen Waffen und Munition dorthin. Darauf werden die Spaltertruppen und Waffenpartien auf die Zwischenbasen Ronto und Oshikango und erst von dort nach Angola befördert.

des friedlichen Aufbaus empfand und empfindet das angolische Volk die Sympathie und Solidarität der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder und aller antiimperialistischen Kräfte und genießt stets ihre Unterstützung. Die sowjetisch-angolanischen Beziehungen entwickeln sich dynamisch. Immer umfassender wird die Zusammenarbeit im Schiffbau, bei Prospektierungsarbeiten, bei der Ausbildung von technischen Fachkräften und auf anderen Gebieten. Mit Hilfe sowjetischer Agronomen werden Weizen und Baumwolle angebaut. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die in dem 1976 geschlossenen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit verankert wurden, sind noch fester geworden, nachdem im vorigen Dezember eine angolische Partei- und Staatsdelegation unter José Eduardo dos Santos in der Sowjetunion war.

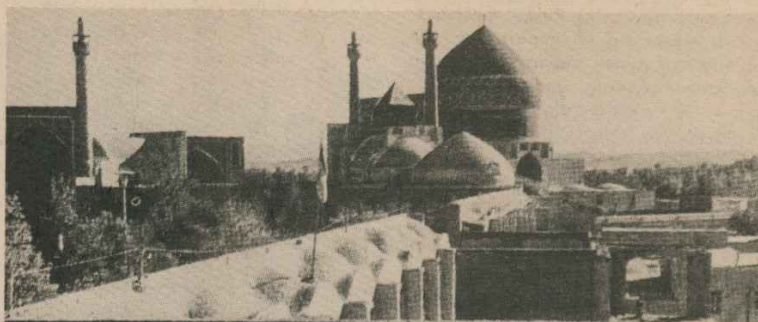
Agostinho Neto sagte: „Ein Volk, das beschlossen hat, frei zu sein, ist unsiegbar.“ Heute ist das Volk Angolas unter Führung der MPLA — Partei der Arbeit dabei, mit gleicher Entschlossenheit die neue, sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der es seine Zukunft sieht.

Die Londoner Zeitschrift „New African“ schreibt: „Nach dem Abzug der portugiesischen Kolonisatoren aus Angola ist die UNITA einfach an die südafrikanischen Behörden übergegangen... Ohne die RSA-Hilfe wäre die militärische Bedeutung der UNITA gleich Null.“ Laut „New York Times“ bewaffnet die RSA die Banden Savimbis und bildet sie aus, mehr noch, sie habe „einen aus Afrikanern bestehenden Verband ihrer eigenen Armee zu ihm geschickt“.

Neben der RSA erweist auch Peking der UNITA weiterhin militärische Hilfe. Vor kurzem nannte Savimbi die Beziehungen seiner Gruppierung zu China „sehr gut“. Da muß man an eine Empfehlung Z. Brzezinskis, Sicherheitsberater des USA-Präsidenten, denken, die er laut „Washington Post“ der Pekinger Führung während seines Chinabesuches 1978 gab: „In Angola das zu tun, was der amerikanische Kongreß der USA-Regierung zu tun verbietet.“

Aber die Geschichte lehrt: Wer gegen ihre objektiven Gesetze verstößt, muß mit dem Bankrott rechnen. Das Los Holden Robertos erwartet unzweifelhaft auch Savimbi, auch alle diejenigen, die gegen das Volk ihres Landes handeln und einen Weg gehen, der ins Nichts führt.

AUS JÜNGSTER VERGANGENHEIT



DAMALS IN TEHERAN

Michail TSCHERNOUSSOW

Anfang 1953 wurde General Eisenhower als neuer Präsident der USA vereidigt. Der Demokrat im Weißen Haus wurde von dem Republikaner abgelöst. Hinter den Republikanern aber stand von jeher der Rockefeller-Clan, der übrigens auch am meisten für Eisenhowers Wahlkampf gestiftet hatte. Der neue Staatssekretär, John Foster Dulles, war über die Anwaltsfirma Sullivan & Cromwell direkt mit den Ölkonzernen liiert. Die Regierung Eisenhower roch noch penetranter als die Regierung Truman nach Erdöl. Sie stürzte sich eifrig auf das iranische Problem.

Zwei Generale

Lassen wir Eisenhower zu Worte kommen. In seinen Memoiren, die er nur zehn Jahre nach dem Umsturz in Iran schrieb, heißt es: „Noch ein unruhiges Gebiet, das 1953 unser Augenmerk auf sich zog, war Iran, ein an die UdSSR grenzendes Land mit 19 Millionen Einwohnern, das einen großen Prozentsatz aller Ölvorräte der Welt in seinem Schoße birgt. (1947 z. B. kam die Hälfte des ganzen im Mittleren Westen geförderten Rohöls und Naturgases aus Iran.) ... Das iranische Problem beschäftigte mich schon vor meinem Amtsantritt. Als Präsident der Columbia-Universität lernte ich den jungen Schah, Mohammed Resa Pahlawi, kennen. Bei der kurzen Bekanntschaft kam ich zu einer gewissen Überzeugung, daß er ein fähiger Führer seines Volkes sein wird.“

Schluß. Anfang und Fortsetzung s. Heft 2 und 3/1980

Daß Iran „unser Augenmerk auf sich zog“, war sehr diplomatisch und zu wenig gesagt. Kaum zur Macht gelangt, stimmte Eisenhower, der — wie Eden schrieb — von der Angst vor einem „kommunistischen Iran“ gepackt war, der Beseitigung Mossadeghs zu. Dulles erklärte: „Wir konnten mit einem Mossadegh nichts zu schaffen haben.“ Vorderhand aber mußte der Präsident heucheln. In einem Telegramm von Anfang 1953 an Mossadegh beteuerte er, in der Iranfrage unvoreingenommen zu sein — er hoffe, die Beziehungen zwischen den USA und Iran „werden sich völlig frei von jedem Argwohn gestalten“.

Man hatte sich bereits auf den Schah orientiert. In Iran wurde die Lage immer gespannter. Die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie hatten sich aufs äußerste verschärft, die Rechtsnationalisten mit den höfischen Kreisen einen Block gebildet. Washington und London wirkten auf eine schnellere Konsolidierung der regierungsfeindlichen Kräfte und auf eine Aktivierung der Quertreibereien gegen die Regierung Mossadegh hin. Nicht ohne ihr Wissen schmiedete eine Gruppe entlassener Offiziere unter General Zahedi ein Komplott.

Der 56jährige Fazlo'llah Zahedi begann mit den Vorbereitungen zu einem Militärputsch, gleich nachdem er im Juli 1951 den Posten des Innenministers niedergelegt hatte. Seinerzeit genoß er die Huld des profaschistischen Diktators Resa Schah, des Vaters von Mohammed Resa Pahlawi. Die britischen Militärbehörden nahmen ihn 1942 als Agenten Deutschlands fest und verbannten ihn nach Palästina, wo er sich

bis zum Ende des Krieges aufhielt. Die von ihm 1952 gegründete Organisation von Offizieren a. D. bekam Verstärkung durch die rund 200 von der Regierung Mossadegh entlassenen Chargen. Im Herbst 1952 meldeten die Teheraner Blätter, ein General und drei Großkaufleute seien wegen einer subversiven Betätigung verhaftet worden, die sie in geheimer Verbindung mit einer ausländischen Botschaft und mit dem Beistand General Zahedis und anderer Personen betrieben hätten, die Abgeordnetenimmunität genossen. Zahedi war damals noch Senator. Bald darauf wurde der Senat aufgelöst. Obwohl Zahedi nun keine Immunität mehr genoß, konnte er der Festnahme entgehen.

Die ausländische Botschaft, die bei der Sache ihre Hand im Spiel gehabt hatte, wurde nicht genannt, in Teheran errieten aber alle, daß es die der USA war.

Der Hof steckte mit Zahedi und seiner Offiziersorganisation unter einer Decke. Ende 1952 forderten die Verschwörer eine Kürzung der Befugnisse Mossadeghs. Doch die Werkstätten im ganzen Land stellten sich hinter die Regierung, und der Putsch schlug fehl.

Bis 1953 spitzte sich das Verhältnis zwischen Mossadegh und dem Hof noch mehr zu. Mossadegh warf einer Schwester des Schahs, Ashraf, und anderen Mitgliedern seiner Familie sowie dem Hof nahestehenden Ex-Generalen und -Offizieren die Anstiftung von Blutbädern bei Massendemonstrationen vor. Er betonte, der Schah dürfe nur Monarch sein, doch nicht über das Land regieren. Aber es war ein ungleicher Kampf. Von da an hatten der Schah, der Hof und Zahedi mit seiner Organisation Rückendeckung bei den USA. Die „New York Post“ schrieb, die Regierung Mossadegh werde noch im selben Jahr fallen, sie werde wahrscheinlich von der besonders eng mit den USA liierten Armee gestürzt werden.

Die Heuchler in Übersee

Scheinheilig forderte Washington Iran noch immer auf, seine Beziehungen zu Großbritannien in der Ölfrage zu regulieren und an die Stelle der Englisch-Iranischen Erdölgesellschaft ein Monopolkonsortium treten zu lassen, in dem natürlich die US-Konzerne die erste Geige spielen sollten. Nunmehr aber waren alle diese Vorschläge nur noch Tarnung, sie sollten, wie Eisenhower schrieb, die Beziehungen zu Iran „frei von jedem Argwohn“ machen. Mossadegh lehnte die englisch-



Kurz vor dem Sturz des Monarchen: Präsident Carter und Mohammed Resa Pahlawi

Aus „Time“ (USA)

amerikanischen Pläne „als Form einer Plünderung“ ab. Er sagte: „Lieber unabhängig sein und nur eine Tonne Öl im Jahr fördern, als 32 Mio t fördern und Sklaven Englands sein.“

Aber Mossadeghs Argwohn gegen die USA konnte doch halbwegs eingekullt werden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwangen ihn, sich um Hilfe an die USA, an deren Regierung zu wenden, die bereits seinen Sturz in die Wege leitete. Am 28. Mai schrieb er wieder an Eisenhower:

„In den paar Monaten seit meinem Schreiben hatte das iranische Volk finanzielle Schwierigkeiten und mußte gegen die politischen Ränke der früheren Ölgesellschaft und der britischen Regierung ankämpfen... Alle Mittel der Propaganda und Diplomatie werden angeboten, um gegen den Verkauf des iranischen Öls widerrechtlich Hindernisse aufzurichten... Wir hatten zwar gehofft, daß während der Amtsdauer Ihrer Exzellenz der Situation in Iran eine geneigtere Aufmerksamkeit geschenkt werden wird, bisher aber scheint sich leider am Verhalten der amerikanischen Regierung nichts geändert zu haben... Der iranische Staat hat jetzt große wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten. Wenn man zuläßt, daß das so weitergeht, dann können auch vom inter-

nationalen Standpunkt aus ernstliche Komplikationen entstehen.“

Weiter schrieb er ganz offen:

„Der iranische Staat hofft, daß die Hindernisse, die dem Verkauf des iranischen Öls bereitet werden, mit der Hilfe und dem Beistand der amerikanischen Regierung fortgeräumt werden können. Falls sie dazu außerstande sein sollte, könnte sie Iran doch eine greifbare wirtschaftliche Hilfe leisten, damit es seine anderen Ressourcen nutzbar machen kann. Unser Land hat außer Öl auch andere Naturschätze. Ihre Nutzung würde die jetzigen Schwierigkeiten beheben. Ohne wirtschaftliche Hilfe ist das aber unmöglich.“

Zum Schluß fordere ich Ihre Exzellenz dringend auf, der jetzigen gefährlichen Situation in Iran Ihr geneigtes Augenmerk zuzuwenden.“

Damals hatten Eisenhower und Dulles aber gerade vor, Iran mit Hilfe der CIA ihr „geneigtes Augenmerk“ zu schenken.

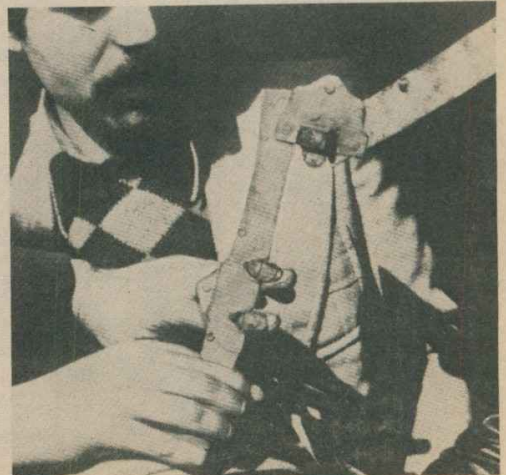
In seinen Memoiren schreibt Eisenhower: „Ich habe es jedoch abgelehnt, mehr Geld in ein Land hineinzustecken, in dem Unruhen herrschen, nur um Mossadegh aus der Patsche zu helfen.“

Er antwortete erst über einen Monat später folgendes:

„Das Mißlingen einer Einigung zwischen Iran und dem Vereinigten Königreich über eine Entschädigung ist den Bemühungen der US-Regierung um Hilfe an Iran hinderlich. In den USA meinen viele, selbst Amerikaner, die mit Iran sympathisieren und dem iranischen Volk freundschaftlich gesinnt sind, daß es ungerecht gegen die amerikanischen Steuerzahler wäre, wenn die

Mit diesem Folterwerkzeug wurden Häftlingen bei der SAVAK, der Geheimpolizei des Schahs, die Fingernägel ausgerissen

Aus „Time“ (USA)



US-Regierung Iran wesentliche wirtschaftliche Hilfe leisten würde. Iran bekäme ja den Erlös für sein Öl und seine Ölprodukte in die Hand, wenn eine angemessene Übereinkunft über eine Entschädigung erzielt sein würde, wonach der großangelegte Absatz des iranischen Öls wieder aufgenommen werden könnte. Ebenso wären viele Amerikaner sehr gegen einen Ankauf iranischen Öls durch die US-Regierung, solange keine Einigung über das Ölproblem erzielt worden ist...

Ich verstehe durchaus, daß die iranische Regierung selbst zu entscheiden hat, was für eine Außen- und Innenpolitik für Iran und das iranische Volk am vorteilhaftesten ist. Mit dem Gesagten versuche ich nicht, der iranischen Regierung zu raten, was für eine Politik in ihrem Interesse liegt."

Eisenhower hat tatsächlich nichts geraten, er fand vielmehr, daß der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sei.

Unternehmen „Ajax“

Kermit Roosevelt, Chef des Nahostdezernats bei der CIA, ein Enkel Präsident Theodore Roosevelts, statete im März 1953 Iran eine kurze Geheimvisite ab, um an Ort und Stelle Details des bevorstehenden Unternehmens zum Sturz Mossadeghs zu klären. Es war bestätigt von Staatssekretär John Foster Dulles, von seinem Bruder Allen Dulles, dem Direktor der CIA, und von General Walter Bedell Smith, dem Unterstaatssekretär und ehemaligen CIA-Direktor. Kermit Roosevelt hat unlängst aus der Schule geplaudert, Eisenhower sei ganz mit ihnen einverstanden gewesen und habe keine nennenswerten Vorbehalte gemacht. Das geplante Unternehmen bekam den Decknamen Ajax.

Ende Juli reiste Roosevelt aus Bagdad mit falschem Paß wieder nach Iran. Er schlüpfte in einer weltabgeschiedenen Villa im Gebirge unter und fing an, den Umsturz vorzubereiten. Dabei halfen ihm der Hof und Offiziere unter General Zahedi. An der Verschwörung beteiligte sich aktiv auch ein Sohn Zahedis, der spätere iranische Botschafter in Washington.

Die Botschaft und die Militärmision der USA in Teheran unterstützen Roosevelt nach Kräften. In dem riesigen Tresor der Botschaft lagen Millionen Dollars. Unmittelbar vor der Verschwörung wurden sie unter iranische Agenten verteilt.

Über die Rolle, die die Militärmision der USA spielte, hat General

Stewart berichtet. „Wir haben“, so sagte er, „der Armee schnell auf Vorrat Schuhwerk, Uniformen, Elektrogeneratoren und Medikamente geliefert, damit sie, sobald das notwendig sein sollte, den Schah unterstützen könne. Die Gewehre der Soldaten, die LKWs und Panzerwagen, in denen sie fuhren, die Fernmeldemittel — das alles hatten wir geliefert. Hätten wir das nicht getan“, fügte der General mit soldatischer Unverblümtheit hinzu, „dann wäre die gegen die USA eingestellte Regierung wohl weiter an der Macht geblieben.“

Kermit Roosevelt hielt sich unter falschem Namen in Iran auf. Nur drei Iraner kannten seinen wirklichen Namen und wußten, was er trieb. Einer von ihnen war der Schah. Im August „riet“ ihm Roosevelt, Mossadegh abzusetzen und General Zahedi zum Ministerpräsidenten zu machen. In jenen Tagen traf auch Brigadegeneral H. Norman Schwarzkopf ein, unter dessen Leitung einige Jahre vorher die iranische Polizei und Gendarmerie um-



Präsident Dwight Eisenhower (rechts) und Staatssekretär John Foster Dulles.

Aus Eisenhowers Memoiren „Das Mandat zu Änderungen“

organisiert worden waren. Auch er kam heimlich mit dem Schah und mit Zahedi zusammen. Kurz vorher war er in Pakistan gewesen. Zugleich war dort auch Ali Resa, ein Bruder des Schahs, u. zw. zur Leopardenjagd...

Wie es sich später herausstellte, „riet“ auch Schwarzkopf dem Schah, Mossadegh abzusetzen und Zahedi zum Regierungschef zu machen.

Der Schah war mit allem einverstanden. Am 10. August traf Allen Dulles per Flugzeug in der Schweiz ein und konferierte dort mit Frau Ashraf und mit Henderson, dem US-Botschafter in Iran. Man war so „taktvoll“, diesen für die Zeit des Umsturzes aus Iran wegzuschicken. Die amerikanische Mitwirkung beim Umsturz wurde streng geheimgehalten, nur einige Offiziere waren eingeweiht. Am 13. August, nach neuerlichen Beratungen mit Schwarzkopf und Roosevelt, unterzeichnete der Schah, der sich an der Kaspi aufhielt, den Erlaß über die Absetzung Mossadeghs und ernannte Zahedi zum Regierungschef. In Eisenhowers Memoiren sieht das so aus: „Der Schah beschloß, von einem Militärumschlag abzusehen und statt dessen etwas zu tun, was die Verfassung erlaubte: einen Nachfolger für Mossadegh zu bestellen. Seine Wahl fiel auf General Fazlollah Zahedi.“

Bestimmt aber wußte Eisenhower, daß die Garde des Schahs zusammen mit einigen Truppenteilen am 14. und 15. August einen Staatsstreich verüben sollte. Ein paar Zeilen weiter heißt es ja: „Ich beriet täglich mit Beamten des Staatsdepartements, des Verteidigungsministeriums und der CIA und sah die Berichte unserer Vertreter in Iran, die eng mit dem Anhang des Schahs zusammenarbeiteten.“

Der Umsturzplan kam den Fortschrittskreisen zu Ohren, er geriet in die Presse und wurde deshalb nicht ausgeführt. In der Nacht vom 15. zum 16. August versuchten einige Offiziere der Schahgarde unter Oberst Nasiri, Mossadegh zu verhaften. Als sie die starke Bewachung beim Haus des Ministerpräsidenten sahen, stellten sie sich sofort um und erklärten, sie seien gekommen, um Mossadegh den Absetzungserlaß des Schahs einzuhandigen. Oberst Nasiri wurde festgenommen. Roosevelt war auf eine derartige Wendung gefaßt gewesen und versteckte die in Freiheit gebliebenen schahfreundlichen Offiziere im Haus eines CIA-Agenten, das an die US-Botschaft stieß.

„Die drei Tage Aufschub waren verhängnisvoll gewesen“, schrieb er deprimiert. „Am 16. August verließ der Schah morgens sein Schloß an der Kaspi, bestieg mit einem Piloten, einem Hofbeamten und der Kaiserin ein Flugzeug und landete um 10 Uhr 30 in Bagdad. An jenem Tag glaubte er gewiß, er würde nie wieder heimkehren.“

Eisenhower allerdings war sicher, daß der Schah sich irrte. Über Bagdad kam dieser nach Rom und wartete dort auf seine Stunde. Botschafter Henderson kehrte wegen der entstandenen Situation ganz

unverfroren am 17. August nach Teheran zurück.

Jetzt war Zahedi an der Reihe. Von Roosevelt und Schwarzkopf instruiert, holte er am 19. August einen gedungenen Mob aus dem Süden Teherans. Divisionen aus der Provinz wurden in Richtung Teheran zusammengezogen. Eisenhower schrieb: „Dann traten plötzlich die dem Schah treuen Gegner Mossadeghs und der Kommunisten in Aktion.“ Heilige Einfalt! Kam das für den US-Präsidenten und die CIA wirklich so plötzlich?

Übrigens schor Eisenhower die Kommunisten mit Mossadegh über einen Kamm. Weiter schrieb er: „Berichte liefen ein, daß Mossadegh den Kommunisten immer nähertrete... Irans Talfahrt zu einer von den Kommunisten unterstützten Diktatur wurde immer schneller. Für den Schah war die Zeit gekommen, dieser Talfahrt Einhalt zu gebieten.“

Das hört sich an, als hätte Eisenhower den von der CIA mit seinem Wissen aufgezogenen Propagandarummel selbst geglaubt.

Ein ehemaliger hoher CIA-Mann, Harry Rositzke, gesteht in seinem Buch „Die Geheimoperationen der CIA“: „Dem Coup vom August 1953, den eine kleine Gruppe von CIA-Beamten von einem Keller in Teheran aus leitete, war eine Propagandakampagne mit folgendem Thema vorausgegangen: Falls Mossadeghs Antischahregime an der Macht bleibe, würden die UdSSR und die iranischen Kommunisten (die damals mächtige Tudeh-Partei) das Land an sich reißen... Die Hintergründe dieses ersten von den USA außerhalb des sowjetischen Bannkreises bewerkstelligten Regierungssturzes lassen erkennen, wie leichtfertig Washington den ‚Nationalismus‘ mit dem ‚Kommunismus‘ vertauschte. Mossadegh bildete seine Nationale Front hauptsächlich zur Lösung des Erdölproblems und lehnte es ab, die Tudeh-Partei zu legalisieren oder eine Zusammenarbeit mit ihr zu akzeptieren. Mossadegh war ein komischer Kauz, aber keineswegs ein Kommunist.“

Eisenhower wußte natürlich Bescheid. Aber noch zehn Jahre nach dem Umsturz suchte er seine Handlungsweise mit einer „kommunistischen Bedrohung“ zu rechtfertigen.

Am 20. August war alles zu Ende. Mossadegh und seine Anhänger wurden verhaftet. Zum Ministerpräsidenten ernannte der Schah Zahedi. Das sei — so Rositzke — die von der Regierung Eisenhower bestätigte „erste politische Aktion“ gewesen. Weiter schreibt er: „Präsident Eisenhower und sein Staatssekretär John Foster Dulles, waren nicht weniger



Eine jetzige antiamerikanische Demonstration in Teheran

Aus „Time“ (USA)

als Präsident Truman an Geheimaktionen, besonders in der gerade entstehenden dritten Welt, interessiert.“ Dem wäre hinzuzufügen, daß das auch die nachfolgenden fünf US-Präsidenten waren.

Eisenhower faßt zusammen: „Während dieser Krise tat die US-Regierung alles, um den Schah zu stützen. Manche Berichte von Beobachtern aus Teheran klangen eher wie Groschenromane und nicht wie geschichtliche Fakten. Nachdem der Schah im Triumph zurückgekehrt war, telegraphierte ich ihm und General Zahedi meine Glückwünsche.“

Weitere ermutigende Nachrichten erreichten mich im September in Colorado. Hier bekam ich von Unterstaatssekretär Bedell Smith die Denkschrift eines mir unbekannten Amerikaners aus dem Iran, der einige Tage vorher mit General Zahedi, dem neuen Ministerpräsidenten, und mit dem Schah zusammengetroffen war.“ (Ob das nicht Kermit Roosevelt war, dem der Präsident persönlich die Medaille für das Unternehmen Ajax an die Brust heftete?)

„Diesem Amerikaner zufolge war der Ministerpräsident von meinem Schreiben besonders angetan. Er meint, Iran brauche dringend eine wesentliche Hilfe der USA, die sofort erkennbare Resultate zeitigen würde.“ (Die Hilfe, die Mossadegh nicht bekam, wurde dem Schah und Zahedi unverzüglich geleistet.)

„Das war frohe Kunde, aber das Weitere über den Schah persönlich klang noch besser. Ich schreibe es hier so nieder, wie ich es im Gebirge

von Colorado las. Das ist ja ein klarer, gedrängter Bericht von einem Beobachter, der es dem Empfänger ermöglicht, die Lage in einem fernen Land zu beurteilen, besonders wenn er die Hauptperson kennt.

„Der Schah ist wie neugeboren. Zum erstenmal traut er sich etwas zu, weil er fühlt, daß er nach dem Willen des Volkes und nicht durch den willkürlichen Beschluß einer fremden Macht König ist... Er erkennt jetzt an, daß er uns etwas schuldig ist, und hofft, wie er sagt, daß wir eine richtige Vorstellung davon haben, wie wichtig Iran für uns ist...“

Er schrieb mir, er hoffe, daß wir und er Irans Wiedergeburt zu benutzten Umständen sein werden, um die ganze strategische Situation im Nahen und Mittleren Osten zu verändern.

Zum erstenmal seit drei Jahren ist in Iran Ruhe, und er ist frei geblieben“, schließt Eisenhower.

„König nach dem Willen des Volkes“ — das klingt wie ein böser Scherz. Nachdem der Schah die Herrschaft „durch den willkürlichen Beschluß einer fremden Macht“ angetreten hatte, gestand er, daß er in ihrer Schuld ist. Diese Schuld hat er großzügig abgetragen, nämlich das Land für ganze 26 Jahre den US-Monopolen preisgegeben, wobei er auch die eigene Tasche nicht vergaß. Um die Schuld zu tilgen, machte er aus dem Land ein einziges Gefängnis. Laut Eisenhower bedeutete das „Ruhe und Freiheit“. Von Washington angeleitet, verwandelte er Iran in einen Gendarmen im Nahen und Mittleren Osten und nannte das „die strategische Situation verändern“. Das Land war ein einziger Kerker, ein Gendarm, ein enormes Ölreservoir für ausländische Konzerne. Dazu kam es durch die Herrschaft des Schahs.

* * *

So endete das iranische Drama der 50er Jahre. Was damals in Teheran geschah, war eine gröbliche Einmischung der imperialistischen Mächte in die Angelegenheiten des Irans, der Sturz einer legitimen Regierung durch die CIA und die Errichtung der blutigen proamerikanischen Diktatur des Schahs. Das alles hat sich unauslöschlich dem Gedächtnis des iranischen Volkes eingeprägt und den heutigen Geschehnissen in Iran zweifellos seinen Stempel aufgedrückt.

Wir schließen unseren Bericht mit dem orientalischen Wahrspruch, mit dem wir begannen: „Ein Damm aus morschen Brettern kann den Fluß nicht aufhalten.“ Das hat sich jetzt nochmals bewahrheitet.

Die Kommunisten verurteilen die Krisen, doch die zyklischen Krisen geben der kapitalistischen Wirtschaft eine größere Flexibilität. Durch sie kann diese die Produktion besser an die Nachfrage der Bevölkerung anpassen. Bei einer Flaute aber verlieren die Menschen in sozialer Hinsicht jetzt nicht allzuviel: Wer vorübergehend beschäftigungslos geworden ist, erhält Arbeitslosengeld.

Alex OLDRAY
New York, USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Wenn all das wirklich so wäre, wie Sie, Mr. Oldray, behaupten, warum bemüht man sich dann seit Ende des zweiten Weltkrieges bis heute in den kapitalistischen Ländern, auf jegliche Art und Weise eine solche „Flexibilität“ zu überwinden? Ihnen ist wohl bekannt, daß die Regierungen dieser Länder eine gegen Krisen gerichtete Wirtschaftspolitik verfolgen und die Marktwirtschaft mit großzügigen Finanzspritzen aufzumöbeln suchen. Und auch das Arbeitslosengeld ist nichts weiter als ein Mittel gegen die soziale Bedrohung durch die Krisen, die Millionen Menschen die Existenzgrundlage nehmen.

Wie groß diese Bedrohung ist, hat bereits die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre gezeigt, als die „Flexibilität“ — die Sie als einen Vorzug der Marktwirtschaft ansehen, zu schwersten sozialen Erschütterungen führte. Die Erfahrungen der 30er Jahre haben den herrschenden Kreisen des Westens klargemacht, daß der Kapitalismus als System zusammenbricht, wenn es ihnen nicht gelingt, zumindest die negativen Auswirkungen der periodischen Überproduktionskrisen in der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu mildern. Für die politische Herrschaft der Bourgeoisie waren diese Auswirkungen um so gefährlicher als die Werktätigen bereits in jenen Jahren das Beispiel der Sowjetunion vor Augen hatten, wo sich die Wirtschaft ohne Krisen und Arbeitslosigkeit entwickelt.

All das ließ gerade danach streben, ein konstantes wirtschaftliches Wachstum zu sichern, was zur Grundlage der Wirtschaftspolitik der westlichen Regierungen wurde. Und jetzt hält kaum noch

ein realistischer bürgerlicher Theoretiker oder Praktiker die zyklischen Flaute für ein Positivum, sondern vielmehr für ein Gebrechen des Kapitalismus. Zugleich sind in den letzten Jahren in den westlichen Ländern Ideen des „Neokonservatismus“ modern geworden. Sie rufen zu einer Rückkehr zu den „guten alten Zeiten“, als in der kapitalistischen Wirtschaft eine nicht durch staatliche Einmischung beschränkte Anarchie des Marktes herrschte. Obgleich gerade sie zu Krisen führt, könne sie, wie die „Neokonservativen“ weismachen wollen, die zunehmende Teuerung stoppen. Eins ihrer Argumente lautet: Die Antikrisenregulierung nach dem Kriege hat der Wirtschaft keine größere Stabilität gegeben, statt dessen aber ein nicht weniger akutes Problem geschaffen — die ständig zunehmende Teuerung.

Tatsächlich ist die chronische Inflation ein neuer Instabilitätsfaktor in der Wirtschaft des Kapitalismus geworden. Die Hauptursache der Inflation ist wohl bekannt. Die Regierungen der NATO-Länder, vor allem die USA, haben auf Kosten der Steuerzahler weniger die zivilen Zweige als vielmehr die Rüstungsproduktion stimuliert. In der Militarisierung der Wirtschaft erblicken sie eine Antikrisenbremse.

Gegen die Militarisierung haben die „Neokonservativen“ nichts einzuwenden. Sie sind nur gegen eine staatliche Regulierung, die den „freien Unternehmern“ die Hände bindet — wie Sozialausgaben, Mindestlöhne, Arbeitslosengeld und andere Maßnahmen, die die Sozialkosten in die Höhe schnellen lassen. Ich meine, Sie wissen selbst, wie

unpopulär das Drängen der US-Administration nach einer Kürzung dieser Ausgaben ist. Ebendeshalb werden die Argumente der „Neokonservativen“ jetzt von den Massenmedien so stark verbreitet. Sie wollen bei dem „Mann auf der Straße“ ein unheilbares Gebrechen des Kapitalismus — die Instabilität der Wirtschaft, ihre Militarisierung — „rechtfertigen“. Eine solche „Rechtfertigung“ ist auch Ihre These, die zyklischen Krisen würden dazu beitragen, daß sich die Marktwirtschaft den Bedürfnissen der Verbraucher anpaßt.

Diese These ist grundfalsch.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus bringt Produktivkräfte hervor, die Wohlstand für alle Mitglieder der Gesellschaft gewährleisten können. Doch diese Produktivkräfte werden von einer Handvoll Finanz- und Industriemagnaten kontrolliert, denen es keineswegs um eine Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung geht, sondern vielmehr darum, Monopolprofite abzusahnen — vor allem durch die Ausplünderung der Werktätigen. Das führt zu einem Rückgang der Kaufkraft der Massen und zu einem Nachlassen der Nachfrage, was gerade eine Warenüberproduktion und eine industrielle Rezession hervorruft. Bei einer solchen Rezession drosseln die Unternehmer die Produktion und entlassen „überflüssige“ Arbeiter, wodurch die Nachfrage noch weiter beschränkt wird — kann man sich ja für das Arbeitslosengeld keine hochwertigen Konsumgüter kaufen. So ist also die Anpassung der kapitalistischen Wirtschaft an die zyklischen Krisen, von der Sie schreiben, direkt gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet.



Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist in der UNO als Beobachter vertreten. Was bedeutet das?

W. PETROW
Kiew, Ukrainische SSR

Dieses Recht haben einige Staaten, die nicht der UNO angehören, sowie einige internationale Organisationen und Institutionen. Der Status eines ständigen Beobachters wurde der KVDR, der Schweiz, Monaco, dem Vatikan, Südkorea, der EG, der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Volksbefreiungsorganisation von Namibia (SWAPO) zuerkannt.

Beobachter beteiligen sich im allgemeinen an der Arbeit diver-

ser Komitees und Ausschüsse der UNO. Sie können zu den dort erörterten Fragen das Wort ergreifen und ihre Vorschläge unterbreiten. Doch Stimmrecht haben sie nicht. Die Abkommen, die die UNO mit internationalen Spezialinstitutionen geschlossen hat, sehen eine gegenseitige Vertretung der UNO und der betreffenden Organisationen in ihren Behörden vor. So unterhält der RGW Verbindungen zu den Sekretariaten vieler UNO-Wirtschaftsorganisationen und arbeitet intensiv mit dem UNO-Wirtschaftsausschuß für Europa zusammen.

Mrs. Carter und die Million

In Bow (USA, New Hampshire) erntete Mrs. Carter, die Mutter Präsident Carters, im Herrenklub minutenlangen Beifall für den Satz: „Wenn ich eine Million Dollar hätte, würde ich jemanden anheuern, um Khomeini umzubringen.“ Da muß die Mama wohl ihren Sohn, als er noch sonntagspredigender Erdnußfarmer in Plains war, nicht ernst genommen haben — er hat doch bestimmt auch über das Bibelwort „Du sollst nicht töten!“ gepredigt — und ebensowenig bei seinen jetzigen Menschenrechtspredigten vor einer Weltgemeinde.

Gewiß, es ist respektabler, andere morden zu lassen, als selbst zu morden, das will man den Amerikanern wohl einflüstern. Wie dem auch sei, der Ausspruch der Dame Carter sollte der CIA gewiß ein Ansporn sein. Übrigens verfügt diese Agentur natürlich über so manche Million für solche Zwecke.

Geschäftstüchtige Bobbys



Eine schon anderthalbjährige Untersuchung hat haarsträubende Vergehen von Londoner Bobbys zutage gefördert. Sie helfen Banden bei Raubüberfällen, liefern ihnen aus den Depots von Scotland Yard Waffen, machen vor Gericht falsche Aussagen zugunsten der Gangster usw.,

natürlich nicht für umsonst. Der Londoner Anwalt James Saunders hat folgendes geäußert: Was jetzt bei dieser Untersuchung an den Tag komme, veranlasse einen dazu, London mit dem Chicago der 20er Jahre zu vergleichen.

Ein salomonisches Urteil



Michael Herbert Dengler siedelte aus der BRD nach den USA über, ließ sich naturalisieren, und, um einen Schlußstrich unter sein bisheriges Leben zu ziehen, beschloß er sogar, seinen Namen zu ändern. Er wählte den originellen Namen 1069. Wenn auch mit großer Mühe, so konnte er seinen Bekanntenkreis und sogar die Bank, die Altersversicherung, das Fernsprechamt und noch andere Ämter mit seiner Idee ausöhnen. Bloß die Polizei von Minnesota stellte sich auf die Hinterbeine und verweigerte ihm unter dem neuen Namen den Führerschein. Er klagte beim Gericht des Staates, und dieses fällt das salomonische Urteil, er könne den gewählten Namen im Verkehr mit Ämtern führen, nur müsse er die Zahl ausschreiben: „Eins Null Sechs Neun“.

Sie hat ja Recht

Eine von den 30 000 französischen Prostituierten, eine gewisse Issa, genannt die Schwedin, hat die Behörden der Zuhälterschaft

beschuldigt, nachdem sie einen Zahlungsbefehl über 410 000 Franc Einkommensteuer erhalten hatte. Sie hat folgendes erklärt: „Wenn die Regierung sagt, ich bin eine Prostituierte, und dann Geld von mir verlangt, dann ist das Zuhälterei. Ich kenne keinen anderen Zuhälter, der so viel verlangt wie sie.“ In ihrem Schreiben an den Staatsanwalt teilt sie mit: „Von meinen Kolleginnen wird oft so viel gefordert, daß sie Selbstmord begehen.“

Sein Verhängnis: Schnecken

Zum größten Leidwesen seiner Fans starb der Weltmeister Marc Quinquandon in Nancy (Frankreich) im Alter von 27 Jahren — an einer Verdauungsstörung. Er hatte den Weltrekord im Schneckenessen inne. Als er dieses Mal nach drei Minuten bei der 72. hielt, wurde er ohnmächtig, und man lieferte ihn im Krankenhaus ein. Die Fans bedauern am allermeisten, daß er seinen eigenen Weltrekord vom Jahre 1978 — 144 Weichtiere in 11 Minuten und 30 Sekunden — nicht mehr gebrochen hat.

Jedem seinen Panzer



John Coyne, ein Einwohner der Stadt Cincinnati (USA), regte sich sehr auf, als ihm die Polizei verboten, in seinem Panzer durch die Straßen zu fahren. Sie berief sich auf einen Gesetzesparagrafen, der vorschreibt, daß Verkehrsmittel in der Stadt Pneu haben müssen. Das städtische Gericht, an das sich der exzentrische Fahrer wandte, hat das Verbot als verfassungswidrig qualifiziert.

Dokortitel spottbillig

Im Hannoveraner „Handels-Magazin“ erschien folgende Annonce: „Eigene Universität für 399 Dollar! Für den Bruchteil dessen, was Sie anderswo für einen falschen Dokortitel zahlen, verhelfen wir Ihnen zu einer echten Universität nach kalifornischem Recht. Als Hochschulbesitzer können Sie dann Doktor- und Professorhüte zu Papierkosten vergeben.“ Es folgt der Name der Firma: Uni-Fix und eine Londoner Adresse.

Gut getarnt



Bei der Zentralkurie der Jesuiten in Rom kam es kurz vor Weihnachten zu einem peinlichen Zwischenfall. Zwei Männer in Soutanen überwältigten und fesselten den Torhüter, drangen in das Gebäude ein, plünderten die Kasse, in der sich Geld aus vielen Ländern befand, und entfernten sich in gesetztem Priesterschritt.

Wer Springer imponiert

Springers „Welt“ hat Margaret Thatcher und Anwar Sadat zur Frau und zum Mann des Jahres erklärt, weil nämlich der ägyptische Präsident ein großer Friedensstifter vor dem Herrn ist und weil Axel die „eiserne Lady“ mit ihrer Politik mächtig imponiert.

Zeichnungen: W. Rosanzew



DIE ZUSAMMENARBEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT UND DER NAHRUNGSMITTELINDUSTRIE:

- Ein bedeutender Faktor der sozialistischen Wirtschaftsintegration
- Ein wichtiger Bestandteil der nationalen Wirtschaft

SALIMA 80

DER 7. INTERNATIONALE
NAHRUNGSMITTELSALON IN BRNO (ČSSR)

20.—27. Februar 1980

Ausführliche Informationen vermitteln:

BVV — Messen und Ausstellungen Brno, Výstaviště 1, 60200 Brno, ČSSR

Telex 314, Telex 062294, 062295, Telegr. FAIRBRNO



Im Objektiv: ANGOLA



LUANDA

Freundinnen

Arbeiter im
Automontagebetrieb
SACMA

Verkehrspolizist

Kinder,
die Zukunft
der Republik

In einem
Blumengeschäft

Im Zentrum
Luandas

Gute Laune

Die Hauptstadt
Angolas wird mit
jedem Tag
moderner

Ein grüner Winkel
in Luanda

Die VR Angola ist erst etwas über vier Jahre alt. Auch ihr Volk ist jung, denn unter der portugiesischen Kolonialherrschaft wurde infolge der aufreibenden Arbeit für die ausländischen Unterdrücker kaum jemand alt.

Das angolische Volk hat das Recht, frei zu sein, in schweren, blutigen Kämpfen errungen. Jetzt ist es mit friedlicher Aufbauarbeit nach einem Programm für radikale Veränderungen in allen Lebensbereichen beschäftigt. Es hat seine Schwierigkeiten und Probleme, aber das sind Wachstumsschwierigkeiten, bei deren Überwindung das unabhängige Angola erstarkt. Deshalb sieht man auf den hier reproduzierten Fotos so viel lächelnde Gesichter, ein sicheres Zeichen dafür, daß die Angolaner zukunftsgeiß sind.

Fotos: TASS

